

## Wortprotokoll/Protokoll

der öffentlichen Sitzung  
des Schulausschusses

**Sitzungsdatum:** 04. Februar 2016  
**Sitzungsort:** Hamburg, in Sitzungssaal 1, Schmiedestraße 2, 3. OG  
**Sitzungsdauer:** 17:02 Uhr bis 19:52 Uhr  
**Vorsitz:** Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)  
**Schriftführung:** Abg. Karin Prien (CDU)  
**Sachbearbeitung:** Claudia Kuhlmann

---

### Tagesordnung:

1. Beschulung von Flüchtlingskindern in Hamburg  
(Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der  
Hamburgischen Bürgerschaft)
2. Verschiedenes

## **Anwesende:**

### **I. Ausschussmitglieder**

Abg. Kazim Abaci (SPD)  
Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)  
Abg. Sabine Boeddinghaus (Fraktion DIE LINKE)  
Abg. Matthias Czech (SPD)  
Abg. Barbara Duden (SPD)  
Abg. Astrid Hennies (SPD)  
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)  
Abg. Karin Prien (CDU)  
Abg. Jens-Peter Schwieger (SPD)  
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD)

### **II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter**

Abg. Danial Ilkhanipour (SPD) i.V.  
Abg. Uwe Giffei (SPD)  
Abg. Daniel Oetzel (FDP)

### **III. Weitere Abgeordnete**

Abg. Dora Heyenn (fraktionslos)  
Antje Möller (GRÜNE)

### **IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter**

#### Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr	Senator	Ties Rabe
Herr	Landesschulrat	Thorsten Altenburg-Hack
Herr	Senatsdirektor	Rainer Schulz
Herr	Senatsdirektor	Prof. Dr. Josef Keuffer
Frau	LRD	Uta Köhne
Herr	Wiss. Angestellter	Dr. Heiko Müller
Herr	Wiss. Angestellter	Eric Vaccaro
Frau	Oberschulrätin	Mara Sommerhoff
Frau	Oberschulrätin	Marita Müller-Krätzschmar
Frau	Wiss. Angestellte	Susanne Junge
Frau	Wiss. Angestellte	Nicole Schuback

### **V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei**

Claudia Kuhlmann

### **VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit**

21 Personen

## Zu TOP 1

**Vorsitzende:** Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt, wo die Tür auch ordnungsgemäß geschlossen ist, kann ich Sie auch begrüßen und möchte gern die Schulausschusssitzung beginnen. Ich begrüße für die Behörde für Schule und Berufsbildung Herrn Senator Rabe, Herrn Altenburg-Hack, Herrn Schulz, Herrn Professor Keuffer, Frau Köhne, Herrn Dr. Müller, Herrn Vaccaro, Frau Sommerhoff, Frau Müller-Krätzschmar, Frau Junge und Frau Schuback. Schönen guten Abend.

Gut, wir kommen zu TOP 1 der Tagesordnung. Das hatten wir vereinbart, dass wir eine Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft auch hier auf die Tagesordnung gesetzt haben, und zwar ist das Thema der Selbstbefassung „Beschulung von Flüchtlingskindern in Hamburg“. Ich schlage vor, dass wir erstens ein Wortprotokoll anfertigen. Also, es wäre wahrscheinlich allgemeiner Wunsch. Genau. Und ich schlage auch vor, dass wir Herrn Senator Rabe beziehungsweise der Behörde als Allererstes das Wort geben, da es ja zuallererst um einen Lagebericht geht, auch wenn es einige Kleine Anfragen gibt, die gerade beantwortet wurden oder noch in der Beantwortung sind.

Herr Senator Rabe.

**Senator Rabe:** Vielen Dank, Frau Ausschussvorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete. In der Tat ist das Thema, wie wir Flüchtlinge integrieren können, für unsere Behörde ein ganz wichtiger Themenbereich, weil wir davon überzeugt sind, dass über die Schulbildung es vor allem gelingen kann und gelingen muss, diesen jungen Menschen eine Perspektive zu geben hier in Hamburg, entsprechend ihren Lebensweg so zu gehen, wie wir uns das alle wünschen. Und das heißt, der Schule bekommt hier eine große Bedeutung bei. Wir haben deshalb auch von Anfang an deutlich gemacht, dass wir unterschiedslos, völlig unabhängig von der Bleibperspektive dieser jungen Menschen allen die Tür öffnen für entsprechende Schulangebote. Und wir haben zweitens auch von Anfang an gesagt, wir möchten nicht so lange warten, bis die Kinder ihre Zentralen Erstaufnahmen verlassen haben und in eine öffentlich-rechtliche Unterkunft gewechselt sind, sondern wir wollen, dass hier die Chance genutzt wird, möglichst früh mit entsprechendem Unterricht zu beginnen. Eben weil wir überzeugt sind, dass wir diesen Unterricht brauchen, damit die Kinder erstens gut Deutsch lernen, damit sie zweitens aber auch eine umfassende Allgemeinbildung bekommen und drittens, das ist Teil dieser Allgemeinbildung, auch orientiert werden über das Zusammenleben in unserer Gesellschaft, sich zurechtfinden können in unserer Gesellschaft. Dazu zählen auch viele Fragen nach Werten, nach Normen und anderen Dingen, die unsere Gesellschaft prägen.

Vor dem Hintergrund sind wir jetzt seit längerer Zeit dabei und versuchen die entsprechenden Lernangebote aufzubauen. Die gliedern sich in drei Bereiche. Erstens: Für die älteren Schülerinnen und Schüler ab 16 Jahren wird in der Regel in den beruflichen Schulen ein entsprechendes Angebot organisiert. Zurzeit haben wir rund 2 500 Jugendliche, die im Rahmen dieser Angebote an den beruflichen Schulen lernen. Zweitens: Für diejenigen, die jünger sind als 16 Jahre, wird in der Regel ein Schulangebot an den allgemeinen Schulen verwirklicht, und zwar gibt es hier zwei unterschiedliche Angebote. Schülerinnen und Schüler, die auch in ihrem Heimatland in ihrer eigenen Sprache noch keine Schule besucht haben und auch noch keine Buchstaben gelernt haben und auch noch nicht schreiben gelernt haben, werden in sogenannten Basisklassen unterrichtet. Schülerinnen und Schüler, die dagegen zumindest in ihrer Heimatsprache schon eine Schule kennengelernt haben, kommen in sogenannte Internationale Vorbereitungsklassen. In beiden Fällen besuchen die Schülerinnen und Schüler in der Regel ein Jahr lang diese Klassen, bevor sie dann in die nächsthöhere übergehen. Das heißt konkret, von der Internationalen Vorbereitungsklasse führt der Weg dann in die Regelklassen.

Derzeit haben wir rund 2 500 Schülerinnen und Schüler an den allgemeinen Schulen, die entweder in Basisklassen oder Internationalen Vorbereitungsklassen entsprechenden Unterricht bekommen. Alle diese Klassen sind relativ klein. Das gilt sowohl für die Klassen der beruflichen Schulen als auch für die der allgemeinen Schulen. In der Regel ist die Größe zwischen 13, 14, seltener 15 Schülerinnen und Schüler. Die entsprechenden Frequenzen sind in den Kleinen Anfragen dargestellt worden.

Über diese beiden großen Blöcke hinaus gibt es einen dritten Block und das ist der Schulunterricht an den Zentralen Erstaufnahmen. Hier ist es zurzeit so, dass rund 1 100 Schülerinnen und Schüler von uns in den Zentralen Erstaufnahmen oder zumindest Schülerinnen und Schüler, die noch in den Erstaufnahmen wohnen, aber dann schon aus Raum- und Platzgründen vielleicht an einer Schule beschult werden. 1 100 Schülerinnen und Schülern aus den Zentralen Erstaufnahmen werden zurzeit bei uns mit einem entsprechenden Angebot versorgt. Das heißt, sie bekommen regelmäßig Unterricht. Diese drei Gruppen zusammen addieren sich auf rund 6 100 Schülerinnen und Schüler. Wenn ich Ihnen diese Zahlen sage, dann möchte ich dazu zwei Einschränkungen mit auf den Weg geben. Die eine betrifft die etwas unglückliche Tatsache, dass wir gerade jetzt laufend Kleine Anfragen zu diesen Themen haben und ich aus früheren Ausschusssitzungen, als ich noch in der Opposition war, weiß, dass man in solchen Fällen Kleine Anfragen beantwortet und im Ausschuss gar nicht Stellung nimmt zu diesen Fragen. Dann könnte ich hier heute nichts sagen, weil all das, was ich Ihnen sage, in diesen Kleinen Anfragen bereits zurzeit abgefragt wird. Das ist die eine Schwierigkeit. Und die Zweite besteht darin, dass sich diese Zahlen täglich ändern. Jeden Tag haben wir mehr oder weniger Schüler. Die werden auch ... Manchmal verlassen sie wieder Deutschland. Wir richten neue Klassen ein, manchmal richten wir jeden Tag eine neue Klasse ein. Um Ihnen das deutlich zu machen, wir haben alleine von Ende November 2015 bis Ende Januar 2016 die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Zentralen Erstaufnahmen, die ein Unterrichtsangebot bekommen, von 600 auf 1 100 erhöht, das heißt, 500 Schülerinnen und Schüler, die in diesen acht Wochen dazugekommen sind. Das macht noch einmal deutlich, dass alle diese Zahlen in Bewegung sind und deshalb jede Anfrage und jede Äußerung, die ich hier mache, eine Momentaufnahme ist, die in diesem Fall für heute richtig ist und die sich morgen schon wieder in Nuancen verschoben haben kann. Aber Pi mal Daumen grob dargestellt 2 500 Schüler in IVK, in Basisklassen an allgemeinen Schulen, 2 500 an den Berufsschulen, 1 100 an den Zentralen Erstaufnahmen.

Zu den einzelnen Angeboten will ich dabei Folgendes sagen. Die Beschulung an den Zentralen Erstaufnahmen ist für uns nach wie vor die größte Herausforderung. Hier gibt es mehrere Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen, um möglichst vielen Schülerinnen und Schülern dieses Angebot zu machen. Ich will darauf hinweisen, dass wir das für nach wie vor sehr wichtig halten, dass es aber durchaus eine Reihe von Bundesländern gibt, die das nicht machen, sondern warten, bis die Schülerinnen und Schüler die Zentralen Erstaufnahmen verlassen haben und eine dauerhafte Unterkunft bezogen haben. Erst dann beginnt in vielen Bundesländern der Schulunterricht. Wir wollen das schon von Anfang an hinbekommen.

Die erste Problematik ist die große Dynamik. Es entstehen ständig neue Zentrale Erstaufnahmen, um die vielen Menschen unterzubringen, und wir brauchen in der Regel wenigstens acht Wochen, um ein vernünftiges Schulangebot auf den Weg zu bringen, sodass wir also häufig Zentrale Erstaufnahmen haben, die wir dann gemeldet bekommen und dann braucht es eben die Zeit, das Schulangebot aufzustellen. Das braucht auch deshalb so lange, weil wir zweitens nach wie vor Raumprobleme haben. Die Zentralen Erstaufnahmen sind ja häufig Einrichtungen, die mit einer großen Bewegung und auch großen Improvisation auf den Weg gebracht werden und da bekommen wir als Schule durchaus Räume zugewiesen. Aber nach wie vor ist es sehr häufig der Fall, dass über Nacht diese Räume zweckentfremdet werden, um Menschen nicht auf der Straße zu lassen, sie zu öffnen. Und dann, wenn der Unterricht beginnen soll, ist es mittlerweile schon eine

Schlafunterkunft geworden und die Räume fehlen. Wegen dieser Schwierigkeit sind wir dazu übergegangen, benachbarte Schulen zu bitten, an ihren Schulen den Unterricht der Zentralen Erstaufnahmen zu organisieren. Das zweite Problem also, neben der Vielzahl der ständig neu entstehenden Zentralen Erstaufnahmen, sind die Räume.

Und das letzte, dauerhafte Problem für alle diese Bereiche ist das Thema Personal. Seit, ich will nicht lügen, Jahrzehnten haben sich alle Schulbehörden angewöhnt zum 1. Februar und zum 1. August Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Unterjährig machen das zwar Schulleiter hin und wieder, aber im großen Stil Behörden nicht. Wir müssen von diesem Prinzip abweichen und ständig viele, viele neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Und das tun wir zurzeit, stellen aber auch fest, dass die Lebensläufe der möglichen Bewerber sich ebenfalls nach diesen Halbjahren richten und wir zwischen den Halbjahren, selbst wenn wir mit Stellenausschreibungen und mit Zeitungsanzeigen arbeiten, nicht so viele Bewerber kriegen wie zu den berühmten Halbjahres-Bewerbungsfristen, sodass es auch nicht einfach ist, zu jedem Zeitpunkt Personal zu bekommen. Ich will nicht davon sprechen wie andere Minister, dass wir nicht mehr genügend Lehrer grundsätzlich kriegen. Hamburg ist hier nach wie vor ein attraktiver Standort für viele Bewerber, aber unterjährig einmal eben zwischendurch ist die Sache deutlich schwieriger.

Diese drei Dinge haben insbesondere den Aufbau der Lerngruppen an den Zentralen Erstaufnahmen belastet. Nach den jetzigen mir vorliegenden Zahlen ist davon auszugehen, dass wir zurzeit etwas mehr als die Hälfte der möglicherweise in Zentralen Erstaufnahmen beherbergten Schüler im Schulunterricht haben. Die Planung sieht vor, dass wir bis Ende Februar 2016 hier noch einmal deutlich zulegen. Zurzeit finden an 21 von 36 Zentralen Erstaufnahmen Schulunterrichtsangebote statt. Wir werden aber allein im Februar an weiteren neun Zentralen Erstaufnahmen solche Angebote einrichten und wir gehen davon aus, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler sich dann bis Ende Februar 2016 von jetzt 1 100 auf rund 1 500 erhöht haben wird und wir damit eine deutlich höhere Abdeckung hinbekommen. Ich weise aber auch darauf hin, dass die Bürgerschaft, die ja hier auch eine Beschulung der Kinder in den ZEAs beantragt hat, zu Recht darauf hingewiesen hat, dass es eine Ausnahme gibt, nämlich die Ausnahme, dass wir uns erst um ein Schulangebot bemühen, wenn wir sicher sind, dass diese Kinder zumindest wenigstens kurzfristig in Hamburg bleiben. Wir haben als Metropole ein Stück weit die Herausforderung, dass viel mehr Flüchtlinge nach Hamburg kommen, als eigentlich nach dem berühmten Königsteiner Schlüssel hier in Hamburg bleiben würden. Und deswegen gibt es dieses System, dass die Daten eingegeben werden in ein System, das nennt sich EASY. Und wenn nach diesem System klar ist, wer hierbleibt beziehungsweise wer nicht hierbleibt, sondern in ein anderes Bundesland verschickt wird, erst ab dann beginnt für uns die Pflicht, hier ein schnelles Schulangebot zu organisieren. Weil aber an jeder Zentralen Erstaufnahme – nein, an einigen Zentralen Erstaufnahmen – auch eine Reihe von Menschen untergebracht sind, die ganz offenkundig noch nicht über EASY weiterverteilt sind, werden wir hier niemals eine statistische Vollabdeckung aller denkbaren schulpflichtigen Kinder organisieren, weil ein Teil dieser Kinder nach wenigen Tagen Hamburg wieder verlassen wird. Deswegen arbeiten wir zwar mit Zielzahlen, aber unser Ziel ist es, diejenigen sollen Unterricht bekommen, die nach der berühmten EASY-Entscheidung Hamburg zugewiesen sind. Und wir haben hier einen zügigen Aufbauprozess. Ich hatte darauf hingewiesen, Ende November waren wir bei rund 600 Schülern, jetzt sind wir bei 1 100 und hoffen, dass wir Ende Februar bei 1 500 sind. Das ist schon eine beträchtliche Zahl derer, die in den Zentralen Erstaufnahmen im Moment eingeschätzt werden von unserer Seite aus.

Ich will dann zweitens auf den Themenblock zu sprechen kommen: Schulunterricht an den allgemeinen Schulen. Hier ist es so, dass wir uns intensiv darum bemühen, dass alle Schulformen sich daran beteiligen. Wir richten natürlich die Lerngruppen und Klassen dort ein, wo auch die Unterkünfte sind. Und die Unterkünfte sind ja nicht gleichmäßig über die Stadt verteilt, auch wenn wir daran arbeiten und uns das wünschen. So stellen wir fest, dass einzelne Stadtteile, ob es durch klagefreudige Anwohnerschaft oder durch engste Bebauung

bedingt ist, nicht die gleiche Zahl von Flüchtlingen aufnehmen wie andere Stadtteile und entsprechend bildet sich das auch ein Stück weit bei der räumlichen Verteilung der Schulangebote ab. Worauf wir uns bemühen zu achten, ist auf eine vernünftige Verteilung über alle drei Schulformen. Zurzeit ist es so, dass wir an rund 30 Stadtteilschulen, das ist die Hälfte aller Stadtteilschulen, entsprechende Internationale Vorbereitungsklassen oder Basisklassen haben. Aber auch bei rund einem Drittel der Gymnasien, das sind rund 20 Gymnasien, gibt es entsprechende Angebote. Bei den Grundschulen ist rund ein Viertel, also knapp 50 Schulen zurzeit mit entsprechenden Angeboten beteiligt. Insgesamt, das hatte ich eingangs gesagt, sind es rund 2 500 Schülerinnen und Schüler, die auf diese Art und Weise lernen. Hier sind folgende Dinge für uns im Moment im Fokus der Aufmerksamkeit.

Die erste Frage ist, wir haben deutlich von Anfang an gesagt, dieser Unterricht soll sich in seinem Umfang, aber auch in der Qualität, das heißt, in der pädagogischen Qualität nicht unterscheiden von dem Unterricht, der an den Regelklassen herrscht. Das heißt, die gleiche Stundenzahl soll hier unterrichtet werden, auch die gleichen Personen, was die pädagogische Ausbildung angeht. Wir möchten hier nicht, dass Hilfskräfte arbeiten, sondern dass hier echte ausgebildete Lehrer eingesetzt werden. Das ist offensichtlich in den meisten Fällen auf einem guten Wege.

Woran uns noch liegt, ist, dass wir auch hier ein gutes Schulangebot machen. Da es sich mit dem der Zentralen Erstaufnahmen berührt, will ich das gerne am Ende noch einmal deutlicher darstellen.

Eine weitere Schwierigkeit ist die Frage, wie lange bleiben die Kinder in diesen besonderen Klassen und wann gehen sie über in die Regelklassen. Hier gilt, dass es in der Regel nach einem Jahr sein soll, dass aber ein individueller Spielraum da ist, der zwischen der Schulleitung und der Schulaufsicht durchaus von Schüler zu Schüler anders aufgestellt werden kann. Unsere Erfahrung allerdings ist, dass tatsächlich nach einem Jahr die meisten Schülerinnen und Schüler diesen Wechsel schaffen. Das ist für mich als Außenstehenden manchmal bewundernswert und verblüffend. Ich sage das ganz offen. Denn es handelt sich um Schüler, die vielleicht zwei, drei Monate in den Zentralen Erstaufnahmen einen Unterricht gehabt haben und dann ein Jahr lang und vorher vielleicht noch nie mit der deutschen Sprache in Berührung gekommen sind und trotzdem nach diesen eineinviertel, anderthalb Jahren schon in eine Regelklasse überwechseln. Ich habe mir aber an einzelnen Schulen das angeguckt und muss sagen, der Erfolg gibt dieser Methode recht. Wir glauben, dass das gut funktioniert, sich auch in der Vergangenheit in Hamburg bewährt hat, denn die Internationalen Vorbereitungsklassen sind keine Erfindung rund um das Thema Flüchtlinge. Es gab sie schon immer in Hamburg, denn Hamburg ist eine Ankunftsstadt und wir haben schon immer Zuwanderer gehabt, die hier ein besonderes Schulangebot bekommen haben. Und das hat sich auch da immer bewährt, nach einem Jahr diesen Übergang zu machen.

Hier ergibt sich darüber hinaus ein schulorganisatorisches Problem beim Übergang selber. Nur selten passt es, dass wir mit den Auffangklassen es schaffen, dass dort vielleicht gerade Schülerinnen und Schüler abgegangen sind oder sowieso diese Schulklassen zu klein waren und deswegen die nachrückenden Flüchtlingskinder hier im Großen und Ganzen einen Schulplatz bekommen in der bestehenden Klassengemeinschaft, ohne dass diese Klasse zu groß wird. Sie wissen, wir haben Klassenfrequenzen, wir haben Zielfrequenzen, Sollfrequenzen und hier ist dann häufig die Entscheidung zu treffen. Variante eins: Einige Klassen werden auch überdurchschnittlich organisiert. Das heißt, wenn in einer Grundschule drei Schulklassen sind mit 23 Kindern und da kommen jetzt sechs Flüchtlingskinder dazu, dann haben wir die Möglichkeit, alle drei Schulklassen um zwei Kinder zu erhöhen auf 25 Kinder. Das wollten wir nicht, weil wir uns gemeinsam verabredet haben als Bürgerschaft, dass wir bei 23 Kindern die Obergrenze halten. Variante zwei ist, die ganzen Klassen aufzulösen und daraus vier kleine Klassen zu machen. Das aber gibt in der Regel auch sehr viel Unzufriedenheit und ist auch pädagogisch hochgradig schwierig. Gerade in der Grundschule ist die Klassengemeinschaft sehr, sehr wichtig. Wir haben uns deshalb dafür

entschieden, in der Regel zu sagen, wenn die Klassenfrequenzen nicht allzu deutlich überschritten werden, dann machen wir lieber eine Überschreitung der Klassenfrequenzen, als dass wir ganze Jahrgänge auflösen und neu zusammenwürfeln, um den Kindern diese pädagogischen Turbulenzen zu ersparen. Man kann nur eines von beiden machen. Man muss sich hier entscheiden. Wir gehen diesen Weg. Ich will Ihnen aber sagen, dass das für die Schulbehörde keineswegs, wie man schnell denken könnte, der sparsamere Weg ist. Denn wenn eine Klasse statt 23, 25 Kinder hat, bekommt sie auch mehr Lehrerstunden zugewiesen, sodass es dann sogar möglich sein kann, dass man ab und zu diese Klasse in kleinere Lerngruppen aufteilen kann, weil es mehr Lehrerstunden gibt. Also fiskalisch darf ich Ihnen sagen, ist es gleichgültig, ob man die Klassen auflöst und vier kleine Klassen macht aus drei größeren oder ob man das in drei größeren Klassen lässt. Rein rechnerisch wäre es sogar egal, eine einzige Riesenklasse zu bilden, was wir nicht wollen. Ich will Ihnen das nur als Beispiel erklären. Die Schule bekommt immer für jeden Schüler etwas mehr Lehrerstellen zugewiesen und deswegen ist es für die Schule durchaus möglich, bei einer solchen Frequenz dann auch ab und zu eine Teilung oder individual mehr Lehrerstellen hier zur Verfügung zu haben.

Der letzte und wichtigste Punkt ist die Frage, was machen die da eigentlich im Unterricht. Und ich sage Ihnen ganz offen, wir haben gesagt von Anfang an, auch der Bürgerschaftsantrag betont das, hier geht es um Sprachbildung, hier geht es um Allgemeinbildung, aber hier geht es auch darum, dass wir die Schülerinnen und Schüler tüchtig machen wollen, damit sie in unserer Gesellschaft sich zurechtfinden. Und dazu zählt sowohl wie man, sag ich einmal, durch den fließenden Verkehr ordentlich zur Schule kommt, aber auch, wie man Bus und Bahn fährt, aber natürlich auch, wie unsere Gesellschaft auf welchen Grundwerten sie basiert und wie das Zusammenleben organisiert ist. Dazu zählt Gleichberechtigung von Mann und Frau, dazu zählen Dinge Demokratieerziehung, dazu zählt vor allem religiöse Toleranz und vieles mehr. Wir haben deshalb mit großer Kraft vom Landesinstitut für Lehrerbildung für die Lehrerinnen und Lehrer an den Zentralen Erstaufnahmen, aber auch in den IVK- und Basisklassen Unterrichtsmaterial erarbeiten lassen. Das Unterrichtsmaterial, das zuerst fertig war, waren die Sprach..., wie soll ich einmal sagen, Unterrichtseinheiten. Das entsprechende Lehrwerk ist immerhin so gut geraten, dass alle überzähligen Exemplare uns jetzt von einem weiteren Bundesland abgekauft worden sind, weil sie das auch bei sich selber einsetzen wollen. Parallel dazu wurde erarbeitet ein entsprechendes Unterrichtskompendium für die Themen Grundwerte des Zusammenlebens, Orientierung in Deutschland. Die ersten Exemplare sind jetzt ... Sie liegen da schon in hellblau, sehr dick. Herr Keuffer hat da ein ganz dickes direkt vor sich liegen. Und die werden wir jetzt in den kommenden Tagen und Wochen den Lehrerinnen und Lehrern ebenfalls zur Verfügung stellen, damit diese wichtigen Unterrichtsinhalte ebenfalls in den Unterricht mit einbezogen werden.

Ich darf zum Schluss meiner Ausführung darauf hinweisen, dass die dritte große Gruppe der Jugendlichen ja in den beruflichen Schulen entsprechend Schulangebot bekommt. Hier haben wir gemeinsam in der Bürgerschaft ja diskutiert und mit Mehrheit beschlossen, das Angebot Av-M Dual, so heißt das ganz präzise, auf den Weg zu bringen. Im Großen und Ganzen bedeutet das, dass künftig alle Schülerinnen und Schüler, Flüchtlinge im schulpflichtigen Alter von über 16 Jahren an die Berufsschulen gehen, dass sie dort in einem zweijährigen Ausbildungsgang im Kern sowohl Schulunterricht bekommen als auch ein umfangreiches betriebliches Praktikum absolvieren. Sie haben dadurch fünf Tage in der Woche jeden Tag ganztägigen Unterricht. Das Sprachangebot steht am Anfang, sodass am Anfang die Schülerinnen und Schüler erst einmal umfangreich die deutsche Sprache lernen. Dann beginnt das entsprechende Praktikum in den Betrieben. Wir sind im Moment dabei, die bestehenden Angebote, die es bisher gab, es sind vielfältige unterschiedliche, in das neue Angebot zu überführen. Das heißt, Schülerinnen und Schüler, die jetzt in den alten Ausbildungsgängen stecken, sollen in das neue Angebot überführt werden. Das beginnt am 1. Februar 2016, also ist jetzt sozusagen gerade begonnen, und diese Überführung soll abgeschlossen sein mit den Sommerferien. Ab dann werden alle neu ankommenden

Schülerinnen und Schüler und alle bestehenden Schülerinnen und Schüler diesen einen Ausbildungsgang besuchen, der ihnen eben ermöglicht, in einem zweijährigen Bildungsgang ein umfangreiches Betriebspraktikum zu machen, Deutsch zu lernen und ihren Schulabschluss, entweder den ersten allgemeinen oder den Hauptschulabschluss zu absolvieren.

Soweit im Überblick. Ich denke, es wird viele Fragen geben und deswegen will ich jetzt nicht endlos auf alle eventuellen Fragen schon vorweg antworten, das können wir dann machen, aber im Überblick unser Schulangebot für Flüchtlinge.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Senator. Ich habe dann bereits vier Wortmeldungen auf der Redeliste. Das ist Frau Prien, Herr Oetzel, Frau Möller und Frau Heyenn gibt es hier noch weitere Medlungen? Frau Boeddinghaus. Gut, Frau Prien.

**Abg. Karin Prien:** Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank, Herr Senator. Viele Fragen haben Sie ja auch schon dankenswerterweise beantwortet. Ich würde jetzt einfach mal mit ZEAs anfangen. Vielleicht, dass wir so ein bisschen versuchen, das zu strukturieren. Sie erwähnten, dass Sie dort, wo die räumlichen Verhältnisse in den ZEAs beengt sind, auf umliegende Schulen versuchen zurückzugreifen. Soweit, ich nehme an ... na klar, soweit das Raumangebot es zulässt. In wie vielen Fällen ist das bisher gelungen? Können Sie das etwa überschlagen und gibt es da weitergehende Bemühungen? Das würde mich interessieren. Verstanden habe ich jetzt ... also, vor EASY-Verteilung wird nicht beschult. Wird mit den Kindern irgendetwas anderes gemacht, solange sie dort sind? Denn teilweise ist es ja leider auch mehr als ein paar Tage, die sie dort verbleiben. Gibt es irgendein Angebot? Dann ist die Frage, Personal in den ZEAs. Wie ist die Aufteilung dort? Also soweit das .. Sind das alles Lehrkräfte oder sind das nach wie vor auch Freiwillige? Wie ist das Verhältnis dort? Und Material in den ZEAs. Sie erwähnten, dass das LI Unterrichtsmaterial erarbeitet hat für ZEAs und für die IVK-Klassen. Vielleicht könnten Sie noch einmal sagen, was es für die IVK-Klassen gibt und ob das auch klar ist allen, wo sie das bekommen können, weil ich immer wieder höre, dass das ... ja, dass alle sich das irgendwie selber basteln und eigenes mitbringen. Vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas sagen. Ja, damit fangen wir vielleicht an und dann später kannst Du mich noch einmal draufschreiben, dann würde ich gern auch zu den IVK-Klassen noch fragen.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Zunächst einmal: In der Regel soll der Schulunterricht in den Zentralen Erstaufnahmen stattfinden, allerdings wenn Raummangel herrscht, dann weichen wir auf Schulen in der Umgebung aus. In sieben Fällen ist es so, dass wir auch Schulen der Umgebung einbeziehen. Konkret in sechs Zentralen Erstaufnahmen findet der Unterricht nur in den Schulen nebenan statt. Bei der Siebten findet er sowohl in der Zentralen Erstaufnahme als auch in einer benachbarten Schule statt. Da wir aber in den kommenden wenigen Wochen weitere neun Zentrale Erstaufnahmen mit Schulunterricht aufbauen wollen, können sich diese Zahlen noch verschieben.

In Bezug auf das Unterrichtsmaterial muss man grundsätzlich sagen, dass, auch wenn es die besten Lehrwerke gibt, immer Lehrerinnen und Lehrer sich weiteres Unterrichtsmaterial erstellen. Das finde ich persönlich auch richtig und gut, das gehört mit dazu. Wir haben in Bezug auf unsere Unterrichtsideen, Unterrichtseinheiten, Unterrichtshinweise zum Thema Sprache an alle Zentralen Erstaufnahmen und an alle Internationalen Vorbereitungsklassen beziehungsweise Schulen, an denen das stattfindet, unseren Ordner verschickt. Darf ich noch einmal ganz kurz fragend da hingucken? Ja, so war das auch.

**Herr Dr. Keuffer:** Das kann ich bestätigen, das ist an alle versandt worden. Wir haben IVKs insgesamt beliefert und wir haben also die ZEAs insgesamt beliefert und wir haben für IVK jeweils fünf Exemplare an die Schulen gegeben und den Schulen dann angeboten, wenn sie



mehr haben möchten, werden sie entsprechend nachbeliefert. Wir sind in der dritten Auflage mit dem Ordner, insofern die Austeilung ist inzwischen gut gelungen.

**Senator Rabe:** Wir haben darüber hinaus den Unterkunftsleitungen solche Ordner zur Verfügung gestellt, damit sie sie an die Ehrenamtlichen ausgeben. Das ist nicht missverständlich so zu deuten, dass wir die Ehrenamtlichen in den Schulunterricht hier zwangsweise mit einbeziehen, sondern wir wissen, dass es an vielen Zentralen Erstaufnahmen Ehrenamtliche gibt und wir wollten das als besonderen Service denen zur Verfügung stellen.

In Bezug auf den jetzt, sage ich mal, fast fertigen Ordner zum Thema Unterrichtseinheiten Grundwerte und Leben in Deutschland und Leben in Hamburg würde ich auch noch einmal Professor Keuffer vom Landesinstitut bitten, zu sagen, wie wir uns jetzt den Vertrieb und das weitere Vorgehen hier vorgestellt haben. Herr Keuffer.

**Herr Dr. Keuffer:** Ja, danke, Herr Senator. Ich möchte gern noch eines nachliefern zu dem Ordner DaZ. Wir haben alle Materialien auch eingestellt ins Internet, sodass Sie auf der Homepage des Landesinstituts alle Materialien dort auch herunterladen können. Also die sind vorhanden, auch für alle, die es gerne möchten.

Zu dem zweiten Ordner Wertebildung ist es so, dass wir den innerhalb der nächsten zwei Wochen soweit wie möglich ins Internet auch stellen, den Druck. Das wird sozusagen noch ein bisschen dauern, weil noch nicht alle Materialien in Gänze fertiggestellt sind. Da gehen wir davon aus, dass wir das innerhalb von acht bis zehn Wochen schaffen, den in ähnlicher Weise gedruckt vorliegend zu haben wie den anderen Ordner auch.

**Senator Rabe:** Aber in den nächsten zwei Wochen werden große Teile des Materials im Internet für die Lehrerinnen und Lehrer verfügbar sein. Wir möchten das auch den Lehrerinnen und Lehrern bekannt machen, indem wir hier noch einmal einen Brief schreiben, und zwar, weil wir auch die Innenleben von Schule genau kennen, für jede Schule gleich mehrere Briefe, damit alle den auch gleich bekommen und nicht darauf rechnen müssen, dass das erst einmal weitergegeben wird.

Die letzte Frage war die nach dem Personal. Ich hatte, glaube ich, schon einmal im Ausschuss dargestellt, als wir die allererste Zentrale Erstaufnahme besucht haben, hatten wir festgestellt in der Schnackenburgallee, dass damals der Unterricht erteilt worden ist von vielen Menschen, die mit großer Begeisterung ersetzten, dass sie in Wahrheit keine pädagogische Ausbildung hatten, und wir haben deshalb gesagt, künftig sollen an den Zentralen Erstaufnahmen mindestens zu 50 Prozent Lehrerinnen und Lehrer, die das erste und zweite Staatsexamen haben, eingesetzt werden. Und die andere Hälfte können Sozialpädagogen oder Erzieher sein. Das ist der Grundsatz, nachdem wir zurzeit verfahren. Hier muss man allerdings sagen, dass wir jetzt angesichts der großen Dynamik auch darauf zurückgreifen, beispielsweise Pensionäre über entsprechende Vertragserweiterungen oder besondere Verträge in diese Unterrichtsgestaltung mit einzubeziehen. Das ist aus meiner Sicht ein kluger und richtiger Schritt, weil wir schon sagen dürfen, dass Pensionäre, pensionierte Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie es denn wollen, sicherlich aufgrund ihres reichhaltigen Erfahrungsschatzes gut geeignet sind, um in dieser Situation vernünftigen Unterricht zu machen. Und in Wahrheit ist es ja auch nicht so, dass sie keine pädagogische Profession hätten, im Gegenteil. Deswegen kann man sie durchaus hier in dieses Portfolio mit einbeziehen. Ich will aber ganz deutlich machen, unser Ziel Hälfte-Hälfte, das muss sich bald jede Woche entscheiden, inwieweit wir es realisieren können, weil, wenn wir jetzt immer mehr einstellen, wir schon gemerkt haben bei unseren jetzigen Stellenanzeigen, dass die Zahl der sich bewerbenden Lehrer deutlich geringer ist im Verhältnis zu der Zahl von vielen anderen Menschen, die alle auch im Bereich der Sprachbildung sicherlich eine eigene Profession haben, die aber in der Regel weder die sozialpädagogische noch die Lehrerausbildung haben und wir müssen jetzt entscheiden, wie wir damit umgehen. Ich sage

Ihnen ganz offen, mir ist jeder Unterricht lieber als kein Unterricht und deswegen kann es sein, dass wir ein Stück weit von unserem Mix abweichen müssen, um sicherzustellen, dass es genügend Menschen gibt, die unterrichten. Das stellt sich aber erst in den nächsten Tagen und Wochen und eigentlich jeden Monat dann neu dar. Das Ziel ist Hälfte-Hälfte.

**Vorsitzende:** Frau Prien hätte noch eine Nachfrage und dieses, was vor EASY ist, ist, glaube ich, noch nicht beantwortet.

**Abg. Karin Prien:** Einfach nur bei dem fifty-fifty, das bedeutet 50 Prozent Lehrkräfte regulär, 50 Prozent Sonstige und das heißt entweder Erwachsenenbildner oder was weiß ich, andere Menschen, die Sprache, irgendwie mit Sprachenunterricht zu tun haben oder auch Freiwillige dann und Ehrenamtliche?

**Senator Rabe:** Die 50 Prozent anderen sollen eigentlich Sozialpädagogen oder Erzieher sein. Davon können wir abweichen, wenn es sich um ähnliche, vergleichbare pädagogische Professionen handelt. Ehrenamtliche nur on top. Diese dargestellten Personalressourcen werden von uns regelhaft auch kalkuliert und dafür geben wir auch Geld. Es gibt durchaus Zentrale Erstaufnahmen ... Ich sag mal, da war ich doch ... Friedrich-Ebert-Gymnasium.

(Herr Altenburg-Hack: Schwarzenberg.)

– Schwarzenberg war das oder welche haben wir (...)

(Herr Altenburg-Hack: Ja, Schwarzenberg.)

Da war das also so, da war eine Lehrkraft, da war eine Erzieherin und es war on top, darf ich so sagen, jemand als freiwilliger Ehrenamtlicher, der den Unterricht noch zusätzlich begleitet hat. Aber das deckte nicht, war nicht ressourcendeckend, sondern insofern können Ehrenamtliche dazukommen, aber sie sollen es nicht ersetzen.

**Vorsitzende:** Gut, dann habe ich Herrn Oetzel als Nächstes.

**Abg. Daniel Oetzel:** Ja, vielen Dank. Ich fange auch mit den ZEAs dann an. Es gab vor einigen Tagen einen Artikel in der „taz“. Da wurde aufgerechnet, wie viele Flüchtlinge eigentlich im schulpflichtigen Alter sich in den ZEAs aufhalten und wie viele wirklich beschult werden und da wurde eben klar, dass es da eine Differenz gibt. Erklärt sich das daraus, dass die Beschulung erst nach dieser EASY-Verteilung erfolgt? Also, ist das diese Differenz von knapp 50 Prozent, die da aufgemacht wurde oder wenn nicht, welche anderen Faktoren spielen da rein?

Die zweite Frage, die ich hätte, auch noch einmal zu dem, was Sie sagten, dass, wenn Platzprobleme vorherrschen, dass dann auf umliegende Schulen ausgewichen wird. Sie hatten in dem anderen Zusammenhang gerade gesagt, bei den IVKs, dass Sie Wert darauf legen, dass sowohl Stadtteilschulen als auch berufliche Schulen, als auch Gymnasien hier mit einbezogen werden. Gibt es diese Überlegungen auch bei den Schulen, die hier die Platzprobleme ausgleichen, oder werden einfach sozusagen die Schulen gebeten, Kapazitäten zu übernehmen, die sich in der unmittelbaren Umgebung aufhalten?

Dann habe ich noch eine Frage zu den Übergängen von IVKs in Regelklassen, die Sie ausgeführt hatten. Also ich stelle mir das schwierig vor, dass, wenn jemand dann ein Jahr oder wie lange auch immer sich in den IVKs dort ausgebildet oder weitergebildet wurde, diesen Übergang dann, ich sag mal, ja ... oder ich mache mir keine Vorstellung davon, wie das genau funktioniert. Also, in welche Klassenstufe beispielsweise diese Person dann eingruppiert wird, also geht das nach Alter, geht das nach Leistung und wenn ja, wie wird diese Leistung gemessen? Das würde mich interessieren.

Und eine letzte Frage noch zu dem Thema, erst einmal, zu dem Sie eben noch nichts gesagt hatten. Wenn wir zukünftig grundsätzlich es so haben, dass Flüchtlinge ab 16 Jahren grundsätzlich in den Berufsschulen unterrichtet werden, dann bedeutet das faktisch, vermute ich, dass den Flüchtlingen es nicht möglich sein wird auf einem relativ schnellen Weg auch das Abitur anzustreben, vermute ich. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, ob Sie diese Thematik auch bedacht haben, ob Sie das überlegt haben, ob das eine Rolle gespielt hat, weil es ja zum Beispiel von der KMK die Vorgaben gibt, dass eine bestimmte Anzahl Fremdsprachen, eine bestimmte Anzahl Jahre bewältigt sein müssen, und diese Gelegenheit haben diese Schüler dann ja wahrscheinlich nicht.

**Vorsitzende:** Bevor ich an den Senator abgebe. Ich habe einfach nur eine Frage an die Kolleginnen und Kollegen. Ich will Ihnen auf gar keinen Fall das Wort abschneiden oder sonst irgendetwas oder Ihr Fragerecht einschränken, aber wäre es nicht sinnvoll vielleicht wirklich Stück für Stück vorzugehen? Wir waren jetzt gerade bei den ZEAs.

(Abg. Daniel Oetzel: Okay, können wir machen.)

Und wenn die Fragen kürzer sind, dann kommen wir auch alle öfter dran. Also es wäre eine Möglichkeit und dann zum Thema Übergänge zum Beispiel und dann noch einmal beruflich. Also, da will ich aber auch Konsens haben hier.

(Abg. Karin Prien: Das wäre gut.)

Ja? Okay. Dann war das ja noch einmal eine Nachfrage zum Thema ZEAs. Das ist ja noch einmal eine ganz wichtige Frage und dann schreibe ich Sie auch gleich wieder drauf. Okay? Danke schön.

**Senator Rabe:** Gut. Die Frage war einmal Gründe dafür, dass an den Zentralen Erstaufnahmen zurzeit noch nicht alle Kinder im schulpflichtigen Alter ein Schulangebot bekommen. Die weiteren Fragen sind dann zurückgestellt zum Thema Übergang IVK in die Regelklassen beziehungsweise ältere Schüler Abiturchancen. Okay.

Folgende Gründe sind dafür ausschlaggebend, dass es im Moment noch nicht so weit ist, dass wir an allen Zentralen Erstaufnahmen entsprechende Angebote haben. Das Erste ist der dynamische Aufwuchs der Zentralen Erstaufnahmen. Wenn wir alle zwei, alle drei Wochen eine neue Zentrale Erstaufnahme haben, dann braucht die Schulbehörde in der Regel bis zu acht Wochen, bis sie dort auch ein entsprechendes Angebot hat. Das liegt auch teilweise an der Kurzfristigkeit der Entscheidung. Wir wissen ja in der Regel nicht, ob morgen 50, 100 oder 500 Flüchtlinge nach Hamburg kommen und das ist insofern eine Sache, dass die Schulbehörde hier nachlaufend es nie schaffen wird, weil sie diese acht Wochen in der Regel braucht. Der zweite Grund, den hatte ich eingangs ausgeführt, war die Tatsache, dass wir feststellen mussten, viele Zentrale Erstaufnahmen können uns keine verlässlichen Räume bieten und wir hatten lange uns darauf kapriziert, dass diese Räume nach anfänglichen Friktionen vielleicht dann dauerhaft der Schulbehörde zur Verfügung gestellt werden. Das ist nicht der Fall. In bestimmten Zentralen Erstaufnahmen brauchen wir nach wie vor immer einmal wieder über Nacht die Schulräume, die dann für vier Tage ausfallen und damit jedes Schulangebot unterbrechen und damit auch unmöglich machen, denn Schulangebote leben von Regelmäßigkeit und Gewohnheit, sodass wir jetzt erst übergegangen sind zum Auslagern aus den entsprechenden Zentralen Erstaufnahmen, um das Angebot sicherzustellen.

Der dritte Grund war, Sie hatten es selber angesprochen, dass wir erst nach EASY-Verteilung beschulen. Es gab eine Zeit lang eine klare Unterscheidung zwischen sogenannten Notunterkünften, das ist vor EASY-Entscheidung, und den Zentralen Erstaufnahmen, das ist nach EASY-Entscheidung. Die sind aber in vielen Zentralen Erstaufnahmen ineinandergewachsen. Ein schönes Beispiel dafür ist die Dratelnstraße. Dort

konnte man das räumlich immer erkennen. Nach EASY-Entscheidung wohnte man im Container, vor EASY-Entscheidung im Zelt und mittlerweile ist das sozusagen ein großes Gelände geworden und es macht es uns auch nicht immer ganz einfach, das zu unterscheiden. Aber in Wahrheit ist es eben so, dass das der dritte Grund ist neben den Raumproblemen, die wir lange Zeit hatten, dass wir hier einen Teil dieser Schülerinnen und Schüler auch in Zukunft nicht beschulen werden, weil nach unseren Erfahrungen die innerhalb einer Woche dann umverteilt werden.

Ich darf in dem Zusammenhang auch noch einmal auf Ihre Frage eingehen, ob wir dann bei den Schulen, eigentlich bei den Schulen, in denen wir diesen Unterricht übertragen, gerecht vorgehen. Wir hatten darauf hingewiesen, dass es im Moment nur sieben Zentrale Erstaufnahmen überhaupt betrifft und insofern ist das da um die Ecke. Allerdings achten wir auch dann darauf, ob das nicht schon Schulen sind, die im Rahmen von sogenannten IVK und Basisklassen relativ viele Schülerinnen und Schüler an Bord haben. Bei den Jüngeren können wir allerdings aus Wegegründen die Schulen nicht weit weg haben. Bei den Älteren tun wir es, weil ja gleichzeitig der Senat sich darauf verständigt hat, dass die Schülerinnen und Schüler, die eine Zentrale Erstaufnahmen besuchen, eine Fahrkarte haben und deswegen wir durchaus auch räumlich etwas großzügiger planen können. Deshalb bleibt nach wie vor der Anspruch, in der Mischung aus ZEA, IVK und Basisklassen es einigermaßen über die Schulen zu verteilen.

**Vorsitzende:** Frage beantwortet, Herr Oetzel?

**Abg. Daniel Oetzel:** Ja.

**Vorsitzende:** Gut. Wir sind noch beim Thema ZEA. Ich weiß, ich habe jetzt Frau Möller. Das ist auch noch zu dem Komplex.

**Abg. Antje Möller:** Vielen Dank. Auch wenn die Zahlen ja immer im Fluss sind, Sie haben das gesagt. Ich würde es gern noch einmal verstehen wollen. Es gibt 36 Einrichtungen. Sie haben gesagt, zurzeit sind an 21 feste schulische Angebote, 19 Angebote sollen dazukommen in neun Einrichtungen.

(Senator Rabe: Neun (...))

– Ah, neun Angebote ...

(Senator Rabe: Neun Einrichtungen.)

Noch einmal. Neun ...

**Senator Rabe:** Neun Einrichtungen kommen dazu. Also 21 plus neun gleich 30, sind wir dann Ende Februar.

**Abg. Antje Möller:** Ja, und wie viele Gruppen oder ... also wie viele Lerngruppen, wie viele Klassen gibt es dann? Also sozusagen 69 plus 9? Oder steigt die Zahl mehr oder ist auch das noch im Fluss, je nachdem wie viele Kinder da jeweils sind? Also so, das ist so ein bisschen noch einmal die eine Frage, um das zu verstehen. Dann würde ich gerne wissen, ob die sieben Ausnahmen, in denen also ... oder die sechs Ausnahmen, in denen nur an benachbarten Schulen der Unterricht stattfindet, sind die in diesen 69 Lerngruppen, die es gibt, drin, sprich also, sind die auch in der Zahl der 1 045 – so ist ja die letzte Statistik –, 1 045 beschulten Kinder in den Erstaufnahmen enthalten oder kommen die noch dazu, also kommen die on top? Noch einmal die Frage. Und Sie haben jetzt eben gesagt, dass dauert ungefähr eine Woche, bis die Menschen sozusagen im EASY-System oder durch das EASY-System durchgelaufen sind. Sie haben ja damit in einer Einrichtung, die erst einmal acht Wochen eröffnet sein muss, in diesen acht Wochen schaffen Sie es, die Klasse oder die

Gruppe dort einzurichten und dann ist ja eigentlich tatsächlich auch innerhalb dieser Gruppen praktisch ein täglicher Wechsel oder ein wöchentlicher Wechsel, wie auch immer. Ich würde gern wissen, wie das organisiert wird, weil ja die Belegung auch wechselt und wenn Sie also nicht sagen, okay, jedes Kind, was kommt, wird vom Alter her in eine Gruppe einsortiert, sondern wir warten erst ab, bis es einen bestimmten Status hat, nämlich das Thema Umverteilung erledigt ist. Ich stelle es mir gerade sehr kompliziert vor. Aber vielleicht hat man aber auch ein ganz einfaches System dafür gefunden, um das sozusagen auch für alle leicht und einfach dann vonstatten gehen zu lassen.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Zur Zahl der Lerngruppen hatte ich zurzeit noch nichts gesagt. Ich hatte bisher gesagt, an 21 Zentralen Erstaufnahmen beschulen wir Stand heute rund 1 100 Schüler. Und unser Ziel ist es, von 21 Zentralen Erstaufnahmen bis Ende Februar auf 30 Zentrale Erstaufnahmen zu gehen und wir rechnen damit, dass wir dann 1 500, vielleicht sogar knapp 1 600 Schülerinnen und Schüler an den Zentralen Erstaufnahmen im Schulunterricht haben. Das ist das Ziel für Ende Februar 2016.

In Bezug auf die Lerngruppen ist es zwar so, dass wir regelmäßig Statusberichte machen, aber ich will Ihnen offen sagen, dass sich die Zahl der Lerngruppen an den Zentralen Erstaufnahmen auch manchmal sehr häufig ändert und eigentlich für uns nicht entscheidend ist, wie viele Klasse, sondern vor allem ist wichtig für uns, wie viele Schülerinnen Schüler dort zur Schule gehen. Das ist eigentlich das Kernziel unserer Anstrengungen. In Bezug auf die Frage, wie die da eigentlich arbeiten, kann ich Ihnen einmal sagen, erst einmal, wenn man sich das anguckt, ist es ganz normaler Schulunterricht. Ich hatte vor Kurzem mit dem Bezirksamtsleiter in Harburg gesprochen, der ganz begeistert war, weil er die sicherlich nicht einfache Zentrale Erstaufnahme Harburger Poststraße besichtigt hat, und wenn man da sozusagen durch die von Menschen vollen Flure geht und dann öffnet man da die Zimmertüren zum Klassenraum, dann denkt man, man ist irgendwie in einer anderen Welt. Da stehen IKEA-Regale mit Was-ist-Was-Büchern, Mobiles hängen von der Decke und die Kinder lernen friedlich und malen und machen da in angenehmer Atmosphäre diesen Unterricht. Es ist richtig, dass die Schülerinnen und Schüler dort häufig wechseln, weil sie ja in der Regel nach einer Weile die Zentralen Erstaufnahmen zusammen mit ihren Familien verlassen und an die öffentlich-rechtliche Unterkunft dann dauerhaft wechseln. Aber wenn wir uns genau die Situation angucken, dass sehen wir ja in Hamburg, dann ist der Wechsel nun auch nicht mit der Geschwindigkeit wie er vielleicht einmal theoretisch erhofft war, weil wir bei den öffentlich-rechtlichen Unterkünften ja auch ständig zubauen müssten und deswegen stellen wir schon fest, dass dann nicht jede Woche sich die Klasse komplett ändert, sondern dass vielleicht alle ein, zwei Wochen ein Schüler die Klasse verlässt, ein, zwei Schüler dazukommen, sodass es zwar einen Wechsel gibt, aber nicht einen solchen Wechsel, dass das pädagogisch zu extremen Schwierigkeiten führt. An der Stelle, hatte ich bisher den Eindruck, haben sich die Lehrerinnen und Lehrer und ihre Schülerinnen und Schüler gut mit dieser Situation arrangieren können, hier vernünftiges Angebot zu machen.

Habe ich jetzt eine Frage vergessen? Jetzt fällt es mir im Moment nicht ein. Sonst hoffe ich, dass ich das richtig ...

(Abg. Antje Möller: Ja.)

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Senator. Dann habe ich Frau Heyenn. Auch noch zum Komplex ZEA?

**Abg. Dora Heyenn:** Auch noch zum Komplex ZEA, ja. Recht vielen Dank.

Sie haben jetzt die ganze Zeit, haben wir gesprochen über die Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Ich hätte gerne gewusst, wie viele Lehrkräfte, Sozialpädagogen und ähnliche

Personen, die dort auch Unterricht machen und Sprachunterricht machen, wie viele dort dann involviert sind. Das hätte ich gern gewusst. Dann haben Sie davon gesprochen, dass in sieben ZEAs der Unterricht quasi um die Ecke ist. Ich weiß jetzt nicht, wie die Distanzen um die Ecke sind. Aber ich frage mich natürlich trotzdem, wie kommen die Schüler dahin. Klar, die Größeren können mit dem öffentlichen Bus fahren, aber ob das die Kleinen können, das hätte ich auch gern gewusst. Und diese Fluktuation, die Sie angesprochen haben, die ist ja sehr verwirrend. Trotzdem könnte ich mir vorstellen, dass Sie Erfahrungswerte haben, wie lange einzelne Kinder in der ZEA Unterricht erfahren. Ist das eine Woche? Ist das ein Monat? Ist das ein halbes Jahr? Also von daher wäre ich da auch sehr dankbar. Alles, was ich verstanden habe, ist, auch wenn es in den ZEAs, wie Sie eben zum Schluss gesagt haben, Klassenräume gibt mit IKEA-Regalen und Material zum Lernen, werden die Räume ja doch immer einmal wieder anders genutzt. Also es sind ja im Grunde keine provisorischen Klassenräume oder Klassenräume in dem Sinne. Sie haben zu Anfang gesagt, dass der Unterricht in der Regel in den ZEAs stattfindet. Meine Frage ist, ob Sie sich schon einmal überlegt haben, dass es nicht viel besser wäre, wenn man nicht nur in sieben ZEAs, sondern flächendeckend den Unterricht nicht in den ZEAs machen würde, sondern in den umliegenden Schulen, damit die Jugendlichen, die Kinder auch einmal herauskommen aus dieser Umgebung. Ich könnte mir vorstellen, dass das pädagogisch einen ganz anderen Effekt hätte. Das ist meine Frage, ob Sie darüber schon einmal nachgedacht haben.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Ja, die erste Frage bezog sich auf den Weg, ob das eigentlich für die Schüler klappt von einer Zentralen Erstaufnahme, wo die Beschulung aus Raumgründen nicht möglich ist, in eine benachbarte oder in eine Schule zu gehen, wie wir das organisieren. Ich hatte ja eingangs dargestellt, dass an sieben Zentralen Erstaufnahmen der Unterricht auch in benachbarten Schulen stattfindet. Ich würde hier einfach gerne einmal die Fachleute bitten, Herr Dr. Müller oder Frau Köhne, an ein, zwei Beispielen darzustellen, wie sich das gestaltet, wenn wir den Unterricht nicht in der ZEA selber organisieren, sondern in einer benachbarten Schule. Ich kann aber selber mit einem Beispiel beginnen.

Ich hatte vorhin schon erwähnt den Schulunterricht an der Zentralen Erstaufnahme Schwarzenberg, der findet statt in einem Pavillon des Friedrich-Ebert-Gymnasiums und als ich dort zu Besuch war, bin ich mit den Kindern einfach zu Fuß da rübergegangen. Es ist ein Weg gewesen von 400, 500 Metern, den ich sogar im November ohne Jacke da noch zurücklegen konnte. Da geht es einfach. Das will ich nicht als Beispiel für alles nehmen. Vielleicht gibt es ein, zwei weitere Beispiele, um das noch einmal darzustellen. Wer möchte? Herr Müller. Gut.

**Herr Dr. Müller:** Vielen Dank. Also wir haben da ganz unterschiedliche Modelle, möchte ich einmal sagen. In der Regel klappt das ganz gut. In der Regel ist es bislang so, wie der Senator das dargestellt hat, dass wir relativ kurze Fußwege haben. Also wir gucken dann natürlich schon, dass wir Schulen nehmen, die eben in der Nähe sind. Und in der Regel werden die kleinen Schülerinnen und Schüler dann abgeholt von dem pädagogischen Personal und wir streben an, das auch durch Ehrenamtliche und Eltern dann begleiten zu lassen. Zum Beispiel am Ohlstedter Platz mit der Schule Am Walde und im Gymnasium Ohlstedt haben wir auch so ein Model, wo in der Schule beschult wird. Da werden die Kleinen, die sammeln sich quasi dann halb acht, viertel vor acht an der ZEA, werden abgeholt und die Sozialpädagogen und die Lehrer machen dann en passant, sage ich einmal, Verkehrserziehung und Ähnliches, Alltagsdeutsch und so etwas. Wir fangen da quasi direkt an. Das funktioniert ganz gut.

Ein anderes Beispiel, wo wir leider keine Schulen in der Nähe haben, wäre die Schnackenburgallee. Da haben wir jetzt einen Bustransport organisiert. Da sammeln sich die Kinder morgens, werden in den Bus gesetzt, werden zur Schule gefahren und dann eben entsprechend wieder abgeholt. Das geht auch sehr gut.

**Senator Rabe:** Ich darf ergänzen, dass wir hier auch noch ein Busfahrtgewöhnungsprogramm eingesetzt haben, weil wir wussten, dass einzelne Eltern angesichts der Fluchterfahrung mit Bussen so etwas zwiespältige Gefühle verbinden und deswegen durften die Eltern anfangs mitfahren, damit sozusagen sie sichergehen können, dass da den Kindern nichts passiert.

Sie fragten darüber hinaus nach der Menge an Lehrern oder Personal, die sich an den Zentralen Erstaufnahmen einsetzen. Zurzeit ist es so, dass der Schulunterricht organisiert wird. Sie kennen unsere wunderbare Währung in WAZen. Aber umgerechnet ist das so, dass wir hier rund 83 Lehrer beziehungsweise Sozialpädagogen den Schulen zur Verfügung stellen, damit dieser Unterricht gewährleistet werden kann. So viel geben wir sozusagen da an die Schulen. Wie viele Köpfe dann damit verbunden sind, also, ob das dann auch 83 Vollzeitkräfte sind oder ob sich das auf 160 Teilzeitmitarbeiter verteilt, das können wir schlecht sagen. Es geht auch deshalb nicht, weil wir es gut finden, dass einzelne Schulen den Unterricht an der Zentralen Erstaufnahme Lehrern übertragen, die durchaus auch in der Schule noch mit weiteren Unterrichtsstunden arbeiten, deswegen nur pauschal. Die Personalzuweisung ist im Moment bei rund 83 Vollzeitstellen.

Sie hatten zum Schluss gefragt, ob wir darüber nachgedacht haben, das Schulangebot immer an den Schulen zu machen anstelle der Zentralen Erstaufnahmen. Ja, darüber haben wir nachgedacht und haben auch darüber diskutiert. Dafür spricht in der Tat, dass zusätzlich zum Unterricht auch gleichzeitig eine Art soziales Lernen ja stattfindet, auch ein Stück weit, wenn ich einmal sagen darf, hat es den Charme, dass die Schülerinnen und Schüler nicht ständig in ihrer Unterkunft sind, sondern auch ein bisschen rauskommen. Wie soll ich einmal sagen, Luft- und Horizontveränderung ist dort sicherlich hilfreich. Umgekehrt gibt es ein paar Probleme. Das erste Problem ist in dem Moment, wo sie die Zentrale Erstaufnahme verlassen, kommen sie garantiert in eine andere Schule, weil es ausgesprochen unwahrscheinlich ist, dass die Folgeunterkunft unmittelbar im gleichen Gebiet liegt und damit ist dann auch ein Schulwechsel verbunden. In einem sozialen Umfeld, wo sie sich nun gerade da eingefunden haben, ist das eine Sache, die nicht ganz einfach ist. Und das Zweite sind schlicht Organisations- und Raumfragen, die die Sache sehr erschweren, denn wenn wir uns angucken, wo die Zentralen Erstaufnahmen liegen, dann ist es nicht immer leicht, rundherum die Schulen zu finden, die das auch möglich machen, hier ein entsprechendes Angebot zu machen. Deswegen können wir zurzeit nicht anders, als beides zu ermöglichen. Ziel ist als Erstes, genügend Unterricht und damit genügend Unterrichtsräume zu bekommen und da nutzen wir alles, was im Angebot ist, darf ich Ihnen ganz offen sagen und deswegen brauchen wir nach wie vor auch die Räume in den Zentralen Erstaufnahmen, weil wir es nur mit den Schulen gar nicht organisatorisch hinbekommen würden.

**Abg. Dora Heyenn:** Eine Frage ist noch offen: Wie lange wird ungefähr ein Kind oder ein Jugendlicher in der ZEA unterrichtet? Was ist so die Durchschnittszahl?

**Senator Rabe:** Das ist eher eine Frage an die Sozialbehörde. Ich meine, dass wir die Verweildauer an den Zentralen Erstaufnahmen uns auch immer gegenseitig ausrechnen. Kenne ich die Zahl?

**Herr Altenburg-Hack:** Knappes halbes Jahr. Der Durchschnittswert liegt knapp unter sechs Monaten. Solange die Kinder und Jugendlichen in der ZEA untergebracht sind, werden die auch in der ZEA beschult.

**Senator Rabe:** Wenn es eine ZEA ist, wo schon ein Schulbetrieb ist, dann wäre sozusagen dann die Beschuldungsdauer diese fünf, fünfeneinhalb Monate. Wenn die Zentrale Erstaufnahme noch keine Schulangebote hat, wir es erst einrichten müssen, gilt für die ersten Kinder, dass es etwas später beginnt dann.

**Vorsitzende:** Dann Frau Boeddinghaus.

**Abg. Sabine Boeddinghaus:** Ja, meine Frage geht natürlich auch noch einmal dahin, wie Sie eigentlich die Raumfrage klären. Ich glaube, das ist wirklich ein Riesending, was Sie da im Moment stemmen müssen, weil, die Raumfrage ist in den ZEAs schwierig und sie ist natürlich in den Schulen auch schwierig. Von daher müsste es doch eigentlich darüber hinausgehende Pläne geben, noch weitere Container aufzustellen oder auch weiter im Grunde den Schulbau wieder zu überplanen, um eben auch jetzt die Flüchtlingskinder und die Jugendlichen mit einzuplanen, die ja hoffentlich viele davon dann auch dauerhaft bleiben. Also es müsste doch eigentlich ein bisschen noch einen Schritt darüber hinaus gedacht werden. Da bin ich mir ganz sicher, außer zu sagen, wir suchen überall im Umfeld Räume und die Schulen, die es möglich machen und die ZEAs, die es möglich machen. Weil wir wissen ja alle, wie eklatant die Raumfrage ist in den Zentralen Erstaufnahmen oder wir haben ja auch die Baumärkte zum Beispiel. Ich meine, wie stellt man sich das vor, wenn man da zu Besuch ist, das ist eine unheimliche Unruhe. Man kann sich überhaupt nicht vorstellen, wie die überhaupt einmal zu sich finden, und Spielräume sind ja auch schwierig. Das würde mich schon noch einmal interessieren, weil, das finde ich dann doch ein bisschen unbefriedigend zu sagen, ja, wir suchen einfach Räume. Klar, aber es muss einfach da noch ein bisschen mehr geben. Und ich wollte noch einmal ganz genau wissen, haben Sie eine konkrete Zahl der unversorgten Kinder und Jugendliche im Moment? Können Sie das sagen? Sie hatten gesagt, round about 1 100 sind versorgt. Aber wie viele sind im Moment nicht versorgt? Das würde mich noch einmal interessieren. Und vielleicht könnte ich dann noch anschließen mit einer weitergehenden Frage, weil, dann sind wir, glaube ich, durch mit dem Punkt, oder?

(Zuruf: Nein.)

ZEa immer noch nicht. Okay. Das dauert ja lange.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Die erste Frage war die nach einer grundsätzlichen Raumplanung. Ich will ganz offen sagen, dass in der jetzigen Situation, wo wir alle nicht absehen können, ob und wie die Flüchtlingsströme sich weiterentwickeln, es natürlich für die Schulbehörde nicht ganz einfach ist, eine Schulentwicklungsplanung aufzusetzen auf Grundlage von Daten, die morgen ganz anders sein können. Und vor dem Hintergrund ist es in der Tat so, dass wir im Moment zwei Wege gehen. Der eine ist, dass wir sorgfältig gucken, wo entsprechende Leerstände sind. Sie sind im Hamburger Schulsystem nicht so gering, wie man von außen denkt. Wir haben, je nach Anwahl der Schulen, an einzelnen Standorten tatsächlich große Platzschwierigkeiten. Es handelt sich aber auch meistens um Standorte, wo rundherum auch wenig Platz ist, sodass dort auch weniger Flüchtlinge dazukommen. Und wir haben an anderen Standorten relativ viele Raumüberhänge. Das hängt mit der freien Schulwahl zusammen, das hängt mit Schulreformen zusammen. Ich erinnere als Beispiel daran, eine haben wir zwar gemeinsam gemacht, aber ich habe sie jetzt weiter zu bewegen, ist die Frage der Inklusion. Man kann nicht die Augen davor verschließen, dass in dem Zusammenhang zahlreiche Schülerinnen und Schüler die Sonderschulen verlassen haben oder in Wahrheit sind die herausgewachsen. Die Sonderschulen haben deutlich weniger Schüler. Da sind eine Menge Raumüberhänge. Das führte ja zum Teil dazu, dass einzelne Schulen auch schon aufgelassen worden sind, in dem Beispiel. Oder die ehemaligen GHR-Schulen, das wissen wir auch alle, jetzt mit der Einführung der Stadtteilschulen haben wir viele Grundschulen, die in einem Gebäude sitzen, in dem früher eine Grund-, Haupt- und Realschule war, mit großen Raumüberhängen. Das gibt es auch. Und wenn wir uns die Zahl der Flüchtlinge insgesamt angucken, wir reden im Moment über ein Schulsystem im allgemeinen Bereich mit rund 170 000 Schülern, jetzt sind da 6 000 Schüler in den besonderen Klassen, das ist zwar eine große Zahl, aber im Verhältnis zu den 170 000 Schülern sind das 4 Prozent oder 5 Prozent, ich kann jetzt nicht so schnell im Kopf



rechnen, das können Sie da vielleicht besser machen, da zeigt sich dann auch, solche Raumreserven gibt es in Grenzen durchaus, sie sind bloß häufig an den falschen Orten. Da liegt eher das größere Problem. Deswegen gehen wir im Einzelfall auch dazu über, Container dazuzustellen, mobile Klassenräume, damit hat Hamburg ja schon langjährige Erfahrung gemacht, das muss auch im Kern nichts Schlechtes sein, das wird durchaus gemacht.

Aber umgekehrt ist es eben so, dass wir auch an einzelnen Standorten doch erhebliche Raumreserven haben. Das fällt immer wieder auf. Die sind manchmal so groß, dass wir schon absichtlich sagen, das nutzen wir nicht komplett aus für die Flüchtlingsbeschulung, weil dann die Schule in eine instabile Lage kommt. Ich nenne einmal als Beispiel, ich glaube, Grundschule Kamminer Straße oder Grundschule Osterbrook, zwei Schulen mit beinahe gefüllt 10, 12, 15, 20 Klassenräumen im Überhang Leerstand. Da werden wir trotzdem nicht 20 Flüchtlingsklassen hinbewegen. Aber es zeigt schon, dass es Raumreserven gibt.

Wenn es um die dauerhafte Planung geht, ist dieses Jahr entscheidend. In diesem Jahr entscheidet sich ja schon, inwieweit es dauerhafte Unterkünfte geben wird, ob sie nun 400 Wohneinheiten umfassen oder 600 oder 800, lasse ich dabei einmal offen, dann hätte die Schulbehörde auch eine etwas klarere Planungsgrundlage und wird natürlich dann auch alles dafür tun, entsprechend diese neuen Zahlen zu berücksichtigen. Aber aufgrund einer Baumarktsituation, sage ich einmal, kann man im Moment noch keinen Zubau einer Schule in Auftrag geben.

(Abg. Sabine Boeddinghaus: Und die konkrete Zahl der Unversorgten?)

Ja, sie ist schwierig zu beziffern, Frau Boeddinghaus, ich will das ganz offen sagen. Das wird in der Anfrage, die Frau Prien stellt, auch noch einmal deutlich werden. Weil wir alleine Schwierigkeiten haben, erst einmal nur theoretisch zu berechnen, wie viele schulpflichtige Kinder sind denn da drin. Ein schulpflichtiges Kind ist sechs Jahre alt am 31. Juli des jeweiligen Jahres. Das kann man im Moment nur händisch auszählen und das mögen wir in der jetzigen Situation den hoch belasteten Flüchtlingskoordinatoren kaum zumuten.

Pflegen und Wohnen zählt dagegen die Vier- bis Sechsjährigen immer in einer Einheit, aber Vier- und Fünfjährige sind gar nicht schulpflichtig, sodass wir allein von daher schon erhebliche Berechnungsprobleme haben, und deswegen kann ich Ihnen im Moment nur Schätz- und Näherungswerte sagen. Auch deshalb übrigens, weil nach wie vor nicht klar ist, ob vor EASY oder nach EASY sich alle Daten bewegen, das ist jeweils sehr unterschiedlich.

Dennoch wage ich einmal vorsichtig die Prognose, ich glaube, dass wir, wenn wir Ende Februar 2016 unsere 1 500 bis 1 600 Schülerinnen und Schüler tatsächlich haben, dass wir sicherlich bei 75 Prozent Beschulung angekommen sein werden, vielleicht sogar etwas höher liegen.

**Vorsitzende:** Eine ganz kurze Nachfrage?

**Abg. Sabine Boeddinghaus:** Ich wollte noch wissen, ist denn die Länge des Unterrichtes genau gleich, ob in der ZEA oder ausgelagert an einem Schulstandort, und auch die Bedingungen? Oder sind die Kinder am Schulstandort vielleicht in der glücklichen Lage, dann plötzlich den Ganztag noch mit nutzen zu können, zum Beispiel?

**Senator Rabe:** Grundsätzlich können die Kinder den Ganztag mit nutzen am Schulstandort. Das ist zweifellos einfacher, und deswegen will ich nicht drum rum reden, an der ZEA wird das in der Regel nicht vorkommen. Das ist richtig. Was die Zahl der Unterrichtsstunden angeht, ist unser Ziel, dass wir gerade bei der Zentralen-Erstaufnahme-Beschulung 30 Wochenstunden ermöglichen. Das liegt sogar höher als das, was in der Regel, zumindest

im Grundschul- und Orientierungsstufenbereich an Grund- und Stadtteilschulen, als Unterrichtspensum vorhanden ist.

Nun will ich allerdings auch sagen, dass wir an einigen Standorten, wo Raumnöte sind, manchmal sogar im Zwei-Schicht-Betrieb arbeiten, das heißt, es gibt vormittags Unterricht und nachmittags Unterricht, da werden wir dann eher bei 25 Wochenstunden landen, aber das Ziel 30 Wochenstunden wird in den meisten Fällen erreicht und ist damit eigentlich von der Unterrichtszeit sogar etwas höher als das der Regelklassen und IVK-Klassen.

**Vorsitzende:** Frau Duden hat noch eine Frage zum Komplex hier.

**Abg. Barbara Duden:** Ja, das habe ich. Ich glaube, dass wir mit fortschreitender Diskussion eigentlich merken können, was für eine Aufgabe da zurzeit von der Schulbehörde und den Mitarbeitern gestemmt wird, und ich denke, da kann man auch schon einmal ein positives Wort drüber verlieren.

Ich habe aber in dem Zusammenhang noch eine Frage. Wir haben ja auch in unserem Antrag noch einmal ganz dezidiert darauf hingewiesen, dass wir Wert darauf legen, dass es auch Schulpflicht gibt. Deshalb die Frage: Das ist ja unheimlich wuselig, ob jemand jetzt bei EASY schon registriert ist, da nachregistriert ist, ob er irgendwie auf dem Weg in eine Unterkunft ist. Wie sieht es denn mit der Schulpflicht aus und kann man das überhaupt kontrollieren?

**Senator Rabe:** Zunächst einmal, wir sind ja eine richtig gute Behörde, deswegen gab es dazu auch eine Richtlinie und einen erläuternden Brief, in dem das alles drinsteht und wie man bei Schulpflichtverletzung agiert, sodass das theoretisch alles gelöst ist. Dass es praktisch auch gelöst ist, kann man zumindest an einzelnen Eindrücken bestätigen. Ich habe bei meinen Besuchen festgestellt, dass es unterschiedliche Varianten gibt. Da gibt es tatsächlich ein, zwei, vielleicht sogar mehr Zentrale Erstaufnahmen, wo es richtig eine Schulglocke gibt, die man ordentlich hört, sodass alle wissen, jetzt geht es los. Wir haben aber auch den Fall gehabt, dass die Erzieherinnen und Erzieher mehr oder weniger herumgehen und die Kinder einsammeln, wenn es sich um kleinere, übersichtlichere Einheiten handelt. Man kann aber auch sagen, dass wir bei den Zentralen Erstaufnahmen nicht nur an solche Fälle wie Schnackenburgallee oder Dratelnstraße denken müssen.

Ich will als Beispiel nennen den Karl-Arnold-Ring, das ist eine ehemalige Förderschule oder Sonderschule in Wilhelmsburg, die zur Zentralen Erstaufnahme deklariert worden ist, die von dem Deutschen Roten Kreuz verwaltet wird, und wenn man sich das anguckt, es gibt auch solche ZEAs, es ist ja eine große Bandbreite, und da hat sich das so eingespielt, dass die Kinder schlicht absolut pünktlich kommen, der Lehrer eine entsprechende Anwesenheitsliste hat und wie ein Klassenbuch führt, sodass wir hier ganz unterschiedliche Fälle haben. In dem Moment, wo die Einheiten klein genug sind, ist die Sache relativ einfach einzuüben, bei den größeren gibt es eben diese verschiedenen Methoden. Insgesamt sind wir aber doch sehr zufrieden, dass es gelungen ist, allen Beteiligten, den Pädagogen, aber auch den Unterkunftsleitungen und erst recht den vielen Menschen, klarzumachen, das ist eine Schule und kein freiwilliges Jugendzentrum, wo man mal kommt oder mal geht, und das eigentlich mit großer Ernsthaftigkeit von allen Seiten tatsächlich berücksichtigt wird.

**Vorsitzende:** So, gibt es noch weitere Fragen und Wortmeldungen zum Thema Komplex ZEA? Ich weiß, Frau Prien hat noch eine. Gibt es noch sonst hier in der Runde ... Gut, dann Frau Prien.

**Abg. Karin Prien:** Ja, danke schön. Ich versuche es die ganze Zeit so ein bisschen zu verproben, die Zahlen. Wir haben ungefähr 22 000 Flüchtlinge gehabt, die verblieben sind in Hamburg im vergangenen Jahr. Davon ist der überwiegend große Teil erst im zweiten Halbjahr gekommen, sodass man ja davon ausgehen kann, dass die allermeisten auch noch

in den ZEAs sind, zumal wir ja auch sehr viele Überresidente haben, die nicht in die freie Unterkunft gehen, wenn der Sechsmonatszeitraum abgelaufen ist.

Sie, Herr Altenburg, operieren ja immer mit etwa 15 Prozent schulpflichtigen Kindern. Nicht nur Sie, aber es ist so die Zahl. Und wenn man das einmal aufrechnet, ich nehme jetzt einmal nur die 16 000, die seit Juli 2015 ungefähr hergekommen sind, dann wären 15 Prozent 3 300, und die müssten im Wesentlichen auch alle noch in den ZEAs sein. Dann wären wir bei 3 300 und Sie haben gesagt, 1 100 werden jetzt beschult und Sie planen, auf 1 600 zu kommen. Dann wären das aber keine 75 Prozent, sondern dann wären wir dann bei 50 Prozent angelangt. Sage ich jetzt mal. Es ist vielleicht nur eine Über... Ist auch nur überschlägig. Alle haben ja offensichtlich das Problem, die Zahlen nicht so richtig zusammenzukriegen, das ist ja in dem ganzen Bereich so, also 75 Prozent scheint mir doch sehr hochgegriffen zu sein.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Mein letzter Kenntnisstand ist, dass sich in den Zentralen Erstaufnahmen in der Altersgruppe der 4- bis 18-Jährigen rund 2 500 Kinder und Jugendliche befinden. 2 500 4- bis 18-Jährige. Vier- und Fünfjährige sind nicht schulpflichtig, eigentlich ist auch nur ein Teil der Sechsjährigen schulpflichtig, nämlich jene, welche im Sommer das 6. Lebensjahr vollendet haben. Und ganz statistisch gesehen wäre es die Hälfte der Jugendlichen und man müsste jetzt mit einer komplizierten Rechnung versuchen zu ermitteln, wie viele von den 2 500 denn nun echt schulpflichtig sind, darauf habe ich schon hingewiesen, dass die Datenlage da nicht ganz einfach ist. Unter diesen können unter Umständen auch welche sein, die noch weiterverteilt werden, das ist im Moment auch nicht ganz klar. Deswegen ist schon die Frage, was bleibt dann noch übrig, wenn man diese Sachen ausrechnet.

Unsere Schwierigkeit ist darüber hinaus, dass die Präsenz der Schülerinnen und Schüler in den verschiedenen Altersgruppen sehr, sehr unterschiedlich ist und in Wahrheit keiner richtigen Logik folgt. In einigen Altersgruppen haben wir sehr viele, in anderen sehr wenig, besonders viele sind es übrigens bei den Älteren, das ist sehr auffällig. Ab 16 sind die Altersgruppen bis 25 stark überrepräsentiert. Aber wenn wir diese 2 500 4- bis 18-Jährigen zugrunde legen, dann muss man davon eine gewisse Zahl abziehen, nämlich für diejenigen, die noch nicht schulpflichtig sind, und unter Umständen noch diejenigen, die in Wahrheit zwar erfasst sind, aber noch nicht über EASY weiterverteilt sind, da es sich immer um Momentaufnahmen handelt. Das war die Grundlage meiner Darstellung, dass ich sagte, wenn wir jetzt bei 1 500, 1 600 sind, dann glaube ich schon, dass wir Pi mal Daumen zwischen 70 und 80, lasst es 75 Prozent sein.

Ehrlicherweise sind das alles Momentaufnahmen. Unser Ziel ist im Moment auch, dass wir so viel wie möglich an Schulangeboten aufbauen und die Kapazitäten darauf konzentrieren. Wir merken immer wieder, dass wir für Kleine Anfragen manchmal tagelang an den Zahlen herumdoktern, weil sie nicht einfach sind, weil auch die Datensituation nicht ganz einfach ist.

**Abg. Karin Prien:** Danke.

**Vorsitzende:** Gut. Dann haben wir, glaube ich, den Komplex ZEA bearbeitet. Herr Oetzel, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, hatten Sie ja jetzt zum nächsten Komplex im Prinzip, Basisklassen, IVK und auch Übergänge, eine Frage gestellt.

(Abg. Daniel Oetzel: Ja.)

Das wäre ja logistisch der nächste Schritt. Wollen Sie die Frage noch einmal wiederholen? Genau, dann mache ich die nächste Fragerunde auf zum Thema Alphabetisierungsklassen, Basisklassen und auch Übergänge.

**Abg. Daniel Oetzel:** Ja danke. Ich glaube, die Frage ist noch einigermaßen präsent gewesen. Ich hatte gefragt, wie das mit den Übergängen organisiert wird, wenn jemand so eine IVK abgeschlossen hat, in welche Klassenstufe wird er dann eingestuft und wonach wird das bemessen. Und ob Sie schon erste Erkenntnisse haben, wie erfolgreich der weitere Schulbesuch dann ist, also ob es da auch schon erste Ideen gibt, ob es eine kluge Einteilung ist, die da getroffen wird.

Vielleicht möchte ich, wenn wir jetzt zu den IVKs kommen, noch eine Frage nachschieben. Die Bürgerschaft hat ja im November 2015 die Drucksache 21/2193 beschlossen und darin auch weitere oder neue Gruppengrößen für die IVKs und die Basisklassen festgelegt, die sich zukünftig zwischen 14 und 18 bewegen sollen. Früher galt, dass es bei den Basisklassen bis maximal 10 Teilnehmer sein sollten, bei den IVKs bis maximal 15. Da interessiert mich, wie da der Stand der Umsetzung ist und ob das alles aus Ihrer Sicht, das ist ja ein Bürgerschaftsbeschluss, machbar umgesetzt werden kann, in welchem Zeitrahmen, und welche Probleme sich dabei vielleicht auch ergeben könnten, wenn die Gruppen hier in absehbarer Zeit etwas größer werden.

Wir hatten ja noch, wenn ich das noch nachschieben darf, eine rechnerische Durchschnittsgröße ermittelt von 12,2 Kindern, die sich in diesen Klassen befinden. Wenn man jetzt in unsere SKA einmal reinschaut, die wir vor Kurzem gestellt hatten, sieht man, dass das rechnerische Mittelmaß zwar 12,2 ist, dass die absoluten Zahlen aber sehr weit auseinandergehen. Wir haben Klassen, wo es sehr viel geringer ist, und auch welche, wo es sehr viel darüber ist. Wie ist das auch in Einklang zu bringen mit der Idee, dass eigentlich zukünftig die Gruppengrößen sich alle so zwischen 14 und 18 bewegen sollen.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Gut, zunächst einmal zu den Klassengrößen. Stand heute, das kann morgen ein anderer sein, ist, dass im allgemeinen Schulsystem, das gilt sowohl für die ZEA-Beschulung als auch Basis- und IVK-Klassen, wir im Durchschnitt rund 13 Schülerinnen und Schüler in einer Lerngruppe haben. Bei den beruflichen Schulen sind es in der Regel 14,5 Schülerinnen und Schüler im Moment.

Sie haben vollkommen recht, da sind große Bandbreiten. Wir haben sogar manchmal IVK-Klassen mit 5 Kindern nur und wir haben welche mit 19 oder 18 Kindern. Das ist jedes Mal eine pädagogisch schwierige Entscheidung, wie wir das machen, denn um die Klassen gleichmäßig zu befüllen, müsste man zum Teil ganz abenteuerliche Wege auch gehen und die Schülerinnen und Schüler auch dann auf lange, lange Schulwege schicken und damit auch ein Stück weit ihnen die Möglichkeit nehmen, in ihrem Umfeld Fuß zu fassen. Deswegen ist es jedes Mal eine pädagogische Abwägung. Hier geht es gar nicht um Geld, denn ich hatte ja eingangs gesagt, je mehr Schüler, desto mehr Lehrerstellen gibt es. Und wenn wir selbst Klassen mit 25 vollmachen würden, was wir nicht tun, kriegen die Schulen dann auch viel mehr Lehrerstellen, genauso viele, als wenn sie zwei Klassen mit 12 und 13 machen würden. Deswegen ist das hier keine Sache von pädagogischer Ressource, sondern das ist eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Ziel, einerseits vernünftige Klassengrößen zu organisieren, wo ein erfolgreicher Unterricht möglich ist, und andererseits den Schülerinnen und Schülern nicht unzumutbar lange Schulwege aufzunötigen und damit ihnen auch die Chance zu nehmen, vielleicht in einem sozialen Umfeld entsprechend heimisch zu werden. Es macht keinen Sinn, wenn ein Schüler möglicherweise in Hamburg-Neuallermöhe in seiner öffentlich-rechtlichen Unterkunft wohnt und dann aber möglicherweise weit weg in Bramfeld, weil da die Klasse klein genug war, zur Schule geht. Diese Abwägung ist es, und daher die größeren Schwankungsbreiten. Wir halten das für ... das ist jedes Mal eine pädagogische Einzelentscheidung.

Sie hatten darüber hinaus gefragt, wie das mit dem Übergang ist von der IVK-Klasse in die Regelklasse. Ich hatte gesagt, das ist in der Regel nach einem Jahr. Tatsächlich ist unsere

Erfahrung, dass die Schülerinnen und Schüler da nicht exakt in die altersgerechte Klasse übergehen, sondern sehr häufig eine Klasse zurück dann in die entsprechende Klasse gehen. Also wenn sie in der IVK-Klasse 6 gewesen sind, käme danach eigentlich der Übergang in Klasse 7, aber häufig gehen sie dann noch einmal in Klasse 6 oder dann weiter in Klasse 8. Dieses Verfahren hat sich aber bewährt, ist auch jetzt nicht gerade erfunden worden im Rahmen der Flüchtlingswelle, sondern das ist im Großen und Ganzen seit Jahren in Hamburg so geregelt und funktioniert aus unserer Sicht, ich hatte das anfangs gesagt, erstaunlich gut, dieser Übergang, obwohl es sicherlich am Anfang zu Sprachschwierigkeiten kommt.

Ich will hier aber auch deutlich machen, viele Hamburger Schüler machen das im Jahr genauso, nur umgekehrt. Der berühmte Auslandsaufenthalt mit radebrechenden Englischkenntnissen aus dem Grundkurs oder aus Klasse 9 einmal eben in die USA, da guckt man auch erst drei Wochen ziemlich verblüfft auf den Unterricht und plötzlich geht es dann doch sehr schnell. Und da können wir auch ein Stück weit darauf setzen, dass diese Effekte hier auch wirken.

Ich hatte vor wenigen Monaten in der Stadtteilschule Mümmelmannsberg zwei Abiturientinnen kennengelernt, die in der Klasse 10 erst aus fremden Ländern weit her gekommen waren, die 10. Klasse in der IVK gemacht haben und dann noch einmal die 10. Klasse und dann das Abitur gemacht haben. Und solche kleinen Beispiele zeigen zumindest, dass das im Kern ein funktionierendes System dabei ist.

Sie fragten übrigens vorhin auch noch nach der Frage Abitur und Berufsschule. Ist das ein Fragekomplex, den wir auch noch einmal hintanstellen wegen Berufsschule?

**Vorsitzende:** Ja, das machen wir, das würde ich vorschlagen, weil das auch noch einmal ein großer Teil ist.

Herr Oetzel, sind Ihre Fragen dann soweit beantwortet worden? Prima. Dann habe ich Frau Prien und dann Frau Boeddinghaus.

**Abg. Karin Prien:** Vielen Dank. Ich würde mir gerne jetzt einmal so einen Ablauf erläutern lassen, wenn eine neue Schule das erste Mal eine IVK-Klasse bekommt, wie das eigentlich so funktioniert. Zunächst einmal muss da natürlich das Raumangebot klar sein, da habe ich verstanden, das kann ein Container sein, das kann aber genauso gut ein Fachraum sein, auch ein kleinerer Fachraum, der dafür genutzt wird, oder es kann eine normale Klasse sein, wenn sie übrig ist. Die müsste ja zunächst einmal irgendwie ... also wenn es nicht eine normale Klasse ist, dann braucht man eine Ausstattung dafür, irgendwo müssen die ja sitzen. Und dann, Personal ist dann das Nächste. Ist es die Schule, die dann die entsprechende Lehrkraft einstellt und die dann ... das geht, glaube ich, nicht von ihrem Budget ab, sondern das kriegt sie, glaube ich, extra dann. Da wäre die Frage, wie viel bekommt sie extra. Kann die Schule auch zusätzlich ... Da ist, glaube ich, 1,2 oder so gibt es dann, glaube ich, für eine IVK-Klasse, hatte ich einmal in einer Anfrage gelesen. Dann, gibt es die Möglichkeit, auch noch zusätzlich mit Freiwilligen zu arbeiten, auch auf Honorarbasis? Wie frei ist die Schule dann in der Gestaltung dieser Ausstattung der IVK-Klasse? Material wäre ja nun der nächste Punkt. Da habe ich jetzt verstanden, das geht alles über das LI, da gibt es entweder zum Runterladen oder zum Bestellen jetzt schon Sprache und demnächst auch etwas anderes noch obendrauf. Das war die erste Frage.

Ich mache einmal weiter. Dann wäre das Nächste, Übergang wollten wir ja gleich noch sprechen, das lasse ich jetzt einmal weg, additive Sprachförderung beim Übergang. Sie sprachen an, Regelklassen eher mit Überfrequenz zu fahren. Ach nein, das ist ja auch Übergang schon. Nicht wahr? Das lassen wir dann erst einmal sein. Nein, dann war es das erst einmal zum Thema IVK.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Wenn es darum geht, wie wir vorgehen, wenn wir an einer Schule IVK-Klassen einrichten, wäre es vielleicht doch ganz gut, wenn die Schulpraktiker einmal davon einige Aspekte darstellen. Es war gefragt worden, wer stellt das Personal ein, wie weisen wir das dann eigentlich zu und wie bereiten wir die Schule auf diese Schritte vor. Wer mag denn dazu? Herr Altenburg-Hack, Frau Köhne? Herr Vaccaro beginnt. Gut.

**Herr Vaccaro:** Im Prinzip beginnt das ja, dass festgestellt wird, dass in einer bestimmten Region eine IVK-Klasse benötigt wird, das ist eine Planung, die erfolgt zwischen Schulaufsicht, dem Menschen, der die Klassen wirklich einrichtet, und den Raumplanern. Das heißt, vorweg wird schon einmal geklärt, ist da überhaupt Platz und kann dort eine Klasse eingerichtet werden. Dann nimmt die Schulaufsicht Kontakt auf zu der Schule, klärt das mit der Schulleitung, ob das möglich ist, und dann muss man sich, glaube ich, vereinfacht vorstellen, natürlich ist eine IVK etwas sehr Besonderes, aber rein verwaltungstechnisch ist es trotzdem eine normale Klasse. Das heißt, viele Dinge laufen dann wie für alle anderen Klassen auch. Die Ausstattung, das funktioniert über eine Pauschale, das geht automatisch, das kann man beantragen bei einem Herrn Sachs bei uns in der Behörde. Personal wird zugewiesen, das heißt, da gibt es einen festen Satz, der richtet sich nach den Altersstufen, also zum Beispiel IVK 5/6 werden 1,2 Lehrer zugewiesen für eine IVK, oder IVK – die Älteren – 7/8 oder 9/10 sind dann 1,28 Lehrer, das ist für jede Klassenstufe festgelegt. Freiwillige werden dort in der Regel nicht eingesetzt, also auch entweder nur, das hat Herr Senator ja schon gesagt, im unterrichtsergänzenden Bereich, also nicht anstelle einer Lehrkraft, sondern, wenn überhaupt, dann zusätzlich. Und Material sehr viel über diesen DaZ-Ordner, den es gibt. Es gibt auch Fortbildungen am Landesinstitut, wo neue Lehrkräfte dann so eine Art Basiswissen bekommen, das sie benötigen, um dann den Unterricht zu machen.

**Vorsitzende:** Frau Prien.

**Ab. Karin Prien:** Eine Nachfrage nur. Gibt es da so eine Art Ablaufplan? Ich habe das jetzt gefragt, weil mich ganz konkret ein Lehrer gefragt hat, ich soll einmal fragen, wie das eigentlich dann geht an der Schule, an der das jetzt ansteht. Habe ich jetzt gefragt, steht jetzt im Wortprotokoll, aber eigentlich müssten die ja nicht mich fragen.

**Herr Vaccaro:** Nein, wir haben extra eine Webseite eingerichtet, auf der wir einen großen Part für das schulische Personal haben mit FAQ, also häufig gestellten Fragen, und da haben wir einen Part für die Lehrkräfte und einen Part für die Schulleitungen. In dem Part für die Lehrkräfte ist all das drin, mit Ansprechpartnern und so weiter.

**Abg. Karin Prien:** Und die Website findet sich ...

**Herr Vaccaro:** Die findet sich, also [www.hamburg.de/schule-fuer-fluechtlinge.de](http://www.hamburg.de/schule-fuer-fluechtlinge.de)

**Abg. Karin Prien:** Gut, das ist doch eine echt super Auskunft. Danke schön.

**Vorsitzende:** Das finden wir dann irgendwo auch im Wortprotokoll. Genau, Herr Sachs, und auch Herrn Sachs. Super. Frau Prien, dann war der Fragenkomplex soweit beantwortet?

**Abg. Karin Prien:** Danke schön, ja. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Zur Zufriedenheit?

**Abg. Karin Prien:** Ja, ich bin sehr zufrieden.

**Vorsitzende:** Gut. Frau Boeddinghaus.

**Abg. Sabine Boeddinghaus:** Ja, Sie haben ja schon angesprochen, dass Sie sehr viele Bewerbungsrunden machen. Mich würde nun einmal ein bisschen interessieren, wie Sie das in den Schulen unterwegs, ob Sie eigentlich zufrieden sind mit der Akquise und wie Sie die Rahmenbedingungen zur Ausschreibung machen. Ist das immer dieselbe, zweites Staatsexamen, verändert die sich mittlerweile, weil man einfach merkt, es gibt da nicht mehr genug? Oder, keine Ahnung, dass Sie das noch einmal genau schildern. Weil, mir ist eben zugetragen worden, dass sich durchaus da auch die Kriterien verändern, und das würde ich einfach gerne noch einmal dargestellt bekommen, und ob Sie wirklich auch genug Personal finden oder ob es nicht auch da einen Mangel gibt, zum Beispiel auch Sozialpädagogen, die sind ja hart umworben von vielen, vielen Arbeitgebern in der Stadt.

Dann würde mich interessieren, das wurde auch schon angesprochen, wie das mit der Weiterqualifizierung ist. Früher war das ja, glaube ich, so, dass es ein Zusatzstudium gab, Deutsch als Zweitsprache. Ich habe gehört, das gibt es nicht mehr, sondern es gibt jetzt eine Fortbildung, keine Ahnung. Welchen Umfang hat die, ist die verbindlich, macht man da eine Prüfung? Das würde ich auch gerne noch einmal ein bisschen genauer wissen.

Und dann wollte ich noch wissen, es gibt ja sicherlich auch unter den Flüchtlingskindern Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Hat die Schulbehörde da auch schon Pläne, quasi eine Quote, die sie annimmt, um dann den Schulen, den IVK-Basisklassen, zusätzliches Personal zuzuweisen? Wie gehen Sie mit diesem Thema um? Ist das überhaupt schon Thema? Gibt es da schon Pläne? Das würde ich gerne in der ersten Runde erst einmal wissen.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Der Reihe nach. Zunächst einmal hatte Herr Professor Keuffer schon darauf hingewiesen, dass wir den Lehrerinnen und Lehrern Fortbildung anbieten zum Thema Deutsch als Zweitsprache. Dieser wichtige Themenbereich kann nach wie vor studiert werden, aber ehrlicherweise, das ist in allen Bundesländern schon klar geworden, werden wir jetzt nicht so viele Deutsch-als-Zweitsprache-Lehrer finden, wie es nötig ist, um für die Flüchtlinge Unterrichtsangebote zu machen. Deswegen wird hier entsprechend Fortbildung angeboten.

Wenn ich es richtig sehe, bei den Fortbildungen haben alleine im Januar 2016, wenn ich das hier richtig verstanden habe, 4, nein, sogar 5 Seminare stattgefunden mit insgesamt 132 Teilnehmern, nur für diesen einen Monat. Vielleicht kann Herr Professor Keuffer gleich noch einmal etwas genauer ausführen, welchen Umfang und was dort in diesen Seminaren in der Regel passiert.

Ich will aber vorab noch zweitens sagen, in Bezug auf das Personal hatte ich bereits eingangs gesagt, gerade zwischen den normalen Einstellungsterminen ist es nicht ganz so einfach, Lehrer zu finden, wie zu den Einstellungsterminen. Hier gilt es immer abzuwägen. Wir haben die Einstellungskriterien nicht verändert, wir sagen nach wie vor, wir wollen Lehrerinnen und Lehrer für den Schulunterricht, IVK und Basis, haben, wir wollen fifty-fifty für den ZEA-Unterricht haben. Allerdings, wenn wir es nicht finden, darf ich ganz offen sagen, dann werden wir auch, gerade bei dem ZEA-Unterricht, Wege beschreiten, dass wir zumindest Menschen mit pädagogischer Qualifikation oder Erfahrung in anderen Bereichen nehmen. Jedenfalls tun wir das eher, als dass wir dann eine Stelle unbesetzt lassen und den Unterricht nicht gestalten können. Aber die Ansprüche haben wir hier nicht abgesenkt, hier könnte vielleicht Herr Altenburg-Hack oder Frau Köhne zum Thema Personalakquise auch noch einmal etwas genauer ausführen.

Sie hatten, glaube ich, noch eine dritte Frage?

(Abg. Sabine Boeddinghaus: Inklusion.)

Ach so. Bei der Inklusion ist es so, dass wir rechnerisch unterstellen, dass wir in einer IVK-Klasse eine förderungsbedürftige Schülerin oder einen förderungsbedürftigen Schüler haben und entsprechende Ressourcen zuweisen. Hier würde ich jetzt aber gerne in Sachen Personalakquise noch einmal Frau Köhne, Herrn Altenburg-Hack bitten beziehungsweise in Sachen Fortbildung Herrn Professor Keuffer bitten, das noch einmal genauer zu erläutern. Zunächst vielleicht die Personalfragen.

**Frau Köhne:** Zur Personalakquise ist es relativ einfach. Weder wir noch die Schulen haben bisher Abstand genommen vom ersten und zweiten Staatsexamen. Bei uns, also bei der Bewerbung, die die Behörde zentral gestellt hat, stellen wir allerdings fest, dass sich sehr viele Quereinsteiger bewerben. Und wir machen das schlicht im Moment einfach so, wir bedanken uns, sagen, wir suchen nicht, wir kommen aber gegebenenfalls wieder auf Sie zu. Das heißt, wir listen alle diejenigen, die sich jetzt beworben haben, auch wenn sie kein erstes und zweites Staatsexamen haben, und wenn wir feststellen, wir haben irgendwann Bedarf, dann gehen wir diese Liste durch beziehungsweise wir werten Sie schon parallel mit aus.

**Herr Dr. Keuffer:** Zum Bereich Deutsch als Zweitsprache, was wir dort tun, da kann Frau Müller-Krätzschmar gerne Auskunft geben. Zuvor will ich aber noch eins sagen, dass wir in dem Bereich ja von der Schulbehörde auch noch einmal weitere Unterstützung erhalten haben, dass wir in diesem Bereich mehr Angebote machen können. Es ist eine weitere Stelle im Landesinstitut angesiedelt worden, um dieses entsprechend auszubauen, und Frau Müller-Krätzschmar kann berichten, welche Gruppen es gibt und wie das konkret abläuft.

**Frau Müller-Krätzschmar:** Sie haben ganz recht, es gibt seit einigen Jahren das Zusatzstudium auch in Hamburg nicht mehr. Wir haben vor vier Jahren angefangen, eine Qualifizierungsmaßnahme einzurichten, da war noch nicht die Frage mit diesen vielen Flüchtlingskindern, von diesen Flüchtlingskindern, wir haben es aber einmal probiert und haben jetzt in diesem Jahr, in diesem Halbjahr, einen Durchgang ... also das Ganze, diese Qualifizierung hat einen Umfang von 30 Stunden und endet mit einer kleinen Qualifizierungsaufgabe. Es geht darum, eine Unterrichtsstunde mit DaZ-Aspekten abzugeben, und dann gibt es ein Gespräch dazu und dann bekommt man einen Qualifizierungsnachweis.

Wir haben in diesem Jahr 4 Durchgänge à 50 Lehrer, das heißt, das Basisseminar, was jetzt wieder ... die Einführung, die jetzt wieder beginnt, zu diesem Basisseminar kommen 200 Lehrer. Wir haben es jetzt fast als Vorlesung, also diese eine Veranstaltung als Vorlesung eingerichtet, weil wir den Andrang gar nicht mehr schaffen. Und das ist nur eine Grundlagenfortbildung, daneben haben wir sehr viele Einführungsveranstaltungen, auch gerade für Kollegen, die ganz neu in die Vorbereitungsklassen kommen. Dann haben wir eine Fortbildung für die Lehrkräfte in zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen. Und Schulen fragen verstärkt nach schulinternen Fortbildungen, wenn es darum geht, auch die Übergänge zu gestalten, aber auch, um die Kollegen verstärkt einzubeziehen in die Arbeit mit Deutsch als Zweitsprache.

**Senator Rabe:** Ich würde dann gerne auch ..., weil, wir hatten jetzt die Personalfrage, und sie berührt ja sowohl die ZEA als auch die allgemeinen Schulen als auch die beruflichen Schulen. Vielleicht wenigstens eine kurze Ergänzung von den beruflichen Schulen, wie die Personalakquise dort läuft beziehungsweise auch, wie die Frage der Fortbildung oder sogar der Ausbildung in Bezug auf die neuen Herausforderungen dort läuft.

**Herr Schulz:** Ja, Herr Senator, vielen Dank. Im berufsbildenden Bereich sind wir sehr, sehr früh angefangen und haben uns auf dem Markt insgesamt umgetan, weil wir eine Expertise einkaufen mussten, die ganz bewusst nichts mit Berufsschule primär zu tun hat, sondern mit



Deutsch als Zweitsprache zu tun hat. Denn naturgemäß haben wir zwar Schulen, die bisher immer auch Flüchtlingsklassen beschult haben, das waren aber Schwerpunktschulen, das waren drei, und jetzt sind es 32 oder 31. Das heißt, wir mussten diese Expertise gezielt einkaufen. Und wir haben sehr früh, nämlich schon im August oder im September letzten Jahres, eine Anzeige im „Hamburger Abendblatt“ und in „Der Zeit“ geschaltet – das, was die allgemeinbildenden Schulen jetzt auch gemacht haben – und haben wirklich gute Leute gefunden, sehr zum Leidwesen mancher Träger, weil wir sie ihnen auch abgeworben haben dadurch, dass wir einfach ihnen eine gute Perspektive geboten haben. Und wir haben sie befristet, unbefristet oder, wenn sie die beamtenrechtlichen Voraussetzungen haben, auch als Beamte eingestellt. Das ist das eine, was wir gemacht haben. Diese Kollegen werden natürlich nicht in Deutsch als Zweitsprache fortgebildet, weil, das können sie besonders gut. Die bilden eher unsere Kollegen fort. Aber wir bilden sie fort in den Bereichen, wovon sie nicht so viel Ahnung haben, nämlich, wie wird in Lernfeldern an Berufsschulen unterrichtet, was heißt überhaupt, Leute auf einen Beruf vorbereiten und so weiter. Also, die kriegen auch so ein Basismodul, damit sie sich erst einmal in der Schule ganz gut zurechtfinden.

Das Zweite, was wir gemacht haben, wir haben bereits im September allen Referendaren, die zum 31. Januar ... die Zusage gegeben, dass wir sie alle einstellen, also alle, die wir haben wollten, das sage ich jetzt einmal ganz bewusst vorweg. Und das waren fast alle, aber einige eben auch nicht. Und die haben wir innerhalb von vier Wochen am Ende des Referendariats mit diesen Basismodulen versorgt und für die Arbeit mit Flüchtlingen gezielt vorbereitet. Weil, dadurch haben wir relativ schnell einen relativ großen Anteil, nämlich fast 60 Referendare so vorbereiten können, dass sie jetzt auch in diesen Klassen gut einsetzbar sind. Die Erfahrungen mit den Menschen, die wir eingestellt haben, die sozusagen kein zweites Staatsexamen haben, sind durchweg ganz gut. Aber ich sage auch ganz offen, einige haben wir auch wieder entlassen. Das ist eben auch die Normalität. Da sind welche dabei, die von sich aus sagen, Schule habe ich mir anders vorgestellt, das ist ganz schön anstrengend, das war vorher anders. Oder es sind Leute dabei, wo wir sagen, das, was wir hier brauchen, bringst du nicht mit und nach der Probezeit trennen wir uns dann auch einvernehmlich. Das sind Einzelfälle, das sind auch nicht viele, aber das kommt eben vor. Und das ist eigentlich ja ein Stück weit Arbeitsrealität und Normalität auch.

Wir sind insgesamt ... immerhin 110 haben wir jetzt unterjährig für die Flüchtlingsklassen eingestellt, 110 Personen auf etwas mehr als 80 Stellen. Und wir haben jetzt in einem Pool eine Menge von Menschen noch, die ihr Interesse bekundet haben und auch gerne bei uns arbeiten würden, sodass wir mit aufwachsenden Flüchtlingszahlen, glaube ich, schon in den nächsten Monaten auch dann Personal akquirieren können. Gefühlte Temperatur bei uns ist aber, es wird etwas schwieriger. Also sage ich ganz offen, ich kann das gar nicht so an den Zahlen festmachen, aber, Frau Boeddinghaus hat es ja gerade eben angedeutet, der Markt wird eben auch ein bisschen leergefegt, weil natürlich alle händeringend suchen. Und das gilt für uns natürlich in gleicher Weise.

**Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg:** Gut, dann habe ich mich als Nächstes auf die Redeliste gesetzt. Und ich weiß jetzt auch, warum der Markt so leergefegt ist. Herr Schulz hat sie alle genommen.

Ich habe noch gedacht – und Sie haben es im Prinzip schon angesprochen, Herr Schulz –, ich bin ja beruflich in der Lehrerbildung in Niedersachsen. Wir machen das so, dass in der zweiten Phase Zusatzqualifikationen für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst angeboten werden für DaZ/DaF, damit die dann auch nach dem Referendariat schon fit ankommen in den Schulen. Da wollte ich fragen, also in Richtung Landesinstitut, ob das hier auch der Fall ist und würde natürlich auch gerne wissen, ob in der ersten Phase so etwas angedacht ist. Es muss ja kein ganzes Studium sein, sondern manchmal reichen ja wirklich sprachensible Angebote mit kleinen Erprobungen im Rahmen des Kernpraktikums zum Beispiel. Das wäre ja auch eine Möglichkeit, da tatsächlich schon einfach so einen Punkt Sensibilität und gewisse Grundkompetenz zu vermitteln.

**Senator Rabe:** Vielleicht darf ich sagen, über die erste Phase wird ja jetzt ohnehin viel nachgedacht, denn da werden wir ja auch noch einmal eine Ausschussberatung zu dem Thema haben, sodass ich das im Moment jetzt nicht weiter ausführen möchte. Was die zweite Phase angeht, wäre das vielleicht gut, wenn das Landesinstitut das selber noch einmal darstellen könnte.

Und wenn ich ausnahmsweise einmal mich drei Minuten ... Ich bin gleich wieder da. Ich glaube, das kriegen Sie solange auch so hin.

**Herr Dr. Keuffer:** Ja, danke schön, Herr Senator. Es ist so, dass wir zu diesem Bereich gerne Angebote an die Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst, wie wir ja offiziell sagen, gelegentlich sagen wir auch weiter Referendare, die beiden Begriffe sind ja immer noch gewöhnlich und werden so gebraucht. Aber wir bieten das an, dass sie teilnehmen können. Und für diejenigen, die das speziell betrifft, ist das auch so, dass sie dann daran teilnehmen. Wir haben aber jetzt kein großes Angebot, weil das, was im Referendariat geleistet wird, ist ja doch erheblich. Und die Formate, die es dort gibt, sind auch so eng geschnitten, dass man gucken muss, wo passt das gerade noch rein. Und dann haben wir gesagt, wir machen das situationsbezogen, dass wir jeweils dann, wenn ein konkreter Fall auftritt, dass man den Eindruck hat, da kommt ein Referendar auch in Situationen mit Flüchtlingen hinein und muss dort tätig werden, dann gibt es auch die gute Gelegenheit, dass er dort in dem Bereich von Frau Müller-Krätzschar entsprechende Unterstützung erhält.

So ist die derzeitige Regelung, aber wir haben jetzt nicht noch ein zusätzliches Modul dort eingebaut, weil uns das doch etwas über den Durst erschienen ist. Weil, wie Sie alle wissen, das ist doch durchaus eine anstrengende Zeit und das weiß gerade die Vorsitzende, die tätig ist auch in diesem Bereich. Und insofern ist es uns jetzt nicht daran gelegen, noch ein weiteres verpflichtendes Modul für alle dort zu schaffen. Das wäre, glaube ich, doch schwierig, weil wir dann auch gucken müssten, welches Modul können wir da wieder wegnehmen. Und das ist nicht so ganz einfach, weil, gerade in diesem Vorbereitungsdienst gibt es ja durchaus ein sehr geregeltes Vorgehen, in welcher Weise wann etwas gemacht wird. Und das erschien uns jetzt allzu schwierig, dort noch einen verpflichtenden Teil einzubauen. Es ist aber so, dass alle Lehrkräfte hier die Möglichkeit erhalten, im Anschluss, also, wenn sie fertig sind mit dem Referendariat, eingestellt sind in den Schuldienst, dann entsprechend auch das Fortbildungsangebot bei uns abzurufen. Da das Angebot so nachgefragt ist derzeit, haben wir uns eben auch zu großen Gruppengrößen entschieden. Und das, was Frau Müller-Krätzschar dargestellt hat, bedeutet ja, dass wir sehr kurzfristig denjenigen, die da Bedarf haben, in großen Gruppen die entsprechende Fortbildung geben und dass wir aber im Rahmen der Ausbildung weiterhin bei unserem Format bleiben, dass 30 Stunden und mehr entsprechend vorgesehen sind. Für die einfache Einführung reicht es auch ein bisschen weniger. Soweit vielleicht.

**Vorsitzende:** Und zur ersten Phase kann hier wahrscheinlich ... Oder? Zur ersten Phase? Gut, aber ...

**Herr Altenburg-Hack:** Wie der Senator es sagte, im Rahmen der Beratung, die wir dann durchführen werden. Das ist sicherlich vorgesehen.

Aber vielleicht noch ganz kurz zur zweiten Phase in Ergänzung zu dem, was Herr Professor Keuffer gesagt hat: Die Abteilung LIA plant auch, für die Allgemeinbildner zum Ende der Ausbildung im Sommer ein Angebot zu machen, dass diejenigen im Umfang auch prozentual, wie im berufsbildenden Bereich, dann am Ende des Referendariats auch eine kleine Fortbildung durchlaufen können.

**Vorsitzende:** Gut, vielen Dank. Dann habe ich Herrn Abaci als Nächstes und dann Frau Prien und dann Frau Boeddinghaus.

**Abg. Kazim Abaci:** Ja, vielen Dank. Ich habe zwei Fragen. Erstens, die Unterrichtsinhalte in den Vorbereitungsklassen. Neben Deutsch, welche Fächer werden dort unterrichtet und wie teilt sich das auf? Die zweite Frage ist die Teilnahme an den Ganztagsbetreuungen in den Schulen. Wie sieht es mit der Teilnahme von Flüchtlingskindern aus? Weil gerade die Ganztagsbetreuung für Ankommende und die Integration von diesen Kindern eine sehr wichtige Rolle spielt.

**Vorsitzende:** Herr Senator zum Thema Ganzttag.

**Senator Rabe:** Die erste Frage wurde jetzt ... Ja, gut. Dann Herr Vaccaro erst einmal. Ich sage gleich etwas.

**Herr Vaccaro:** Zu beiden, auch zu den Unterrichtsinhalten?

(Zuruf: Ja.)

– Ja, zu den Unterrichtsinhalten: Die ganz genaue Verteilung habe ich jetzt nicht. Klar, es ist im Prinzip ein großer Part Deutsch natürlich, wobei es eben auch so ist, dass man natürlich alle anderen Fächer auch nutzen kann, um Deutsch zu vermitteln und alle anderen Fächer werden dort auch unterrichtet, also Mathematik, Sport, Sachunterricht, Gesellschaft. So etwas ist alles drin. Und es gibt so von der Aufteilung her eine Grundstufe. Im ersten Halbjahr, wo stark der Schwerpunkt auf Deutsch liegt und die anderen Fächer etwas weniger und dann im zweiten Halbjahr ist es umgekehrt, da nimmt der Anteil der anderen Fächer zu und Deutsch wird mehr an diesen Fächern entlang unterrichtet. Ganzttag ist es so, dass eine Teilnahme vorgesehen ist, und die Teilnahme bei den GBS-Schulen ist immer auf Antrag möglich. Und bei diesen GTS-Ganzttagsschulen ist es immer automatisch. Da ist ja sowieso der ganze Unterricht verteilt auf den ganzen Tag, das heißt, da findet das automatisch statt.

**Vorsitzende:** Herr Abaci, eine Nachfrage?

**Abg. Kazim Abaci:** Ich habe eine Nachfrage zum Fachunterricht. Werden Sie von Fachlehrern unterrichtet, zum Beispiel in Mathematik, oder werden sie von den Klassenlehrern oder Klassenlehrerinnen auch in Mathematik unterrichtet?

**Senator Rabe:** Dazu bitte Herr Altenburg-Hack.

**Herr Altenburg-Hack:** Es ist folgendermaßen: Das hatten wir vorhin schon einmal gesagt, auch die Kolleginnen und Kollegen, die schon lange in den Schulen sind, werden in den Vorbereitungsklassen eingesetzt, sodass man natürlich – das findet ja in einer normalen Schule statt – in einer IVK unterrichtet und in einer Regelklasse. Und dann wird entsprechend der Fachunterricht, so die Kolleginnen und Kollegen in der Schule sind, in ausreichendem Maße auch von Fachlehrern unterrichtet, insbesondere in Deutsch, Mathematik und in den Kernfächern. Ansonsten, es gibt auch viele Schulen, die gucken sehr schnell darauf, weil die Kinder ja nicht alle genau zwölf Monate brauchen, um so gut qualifiziert zu sein, dass eine IVK mit den Jahrgangsklassen gemeinsam Unterrichtsangebote macht, sodass man auch zusammen etwas erlebt und dann auch natürlich den Fachlehrer hat.

**Vorsitzende:** Gut, damit ist die Frage anscheinend beantwortet. Frau Prien.

**Abg. Karin Prien:** Ja, ich habe noch drei Fragen. Das eine ist die Abgrenzung Alphabetisierungsklasse und IVK-Klasse. Wie läuft das? Und gibt es auch Kinder, die zunächst mal in die IVK-Klassen kommen und wo man dann sagt, nein, eigentlich muss der

doch noch einmal in eine Alphabetisierungsklasse? Wie ist das Verhältnis, also wie viele Alpha-Klassen, wie viele IVK-Klassen? Gibt es da eine Fluktuation? Und wird das von den gleichen Lehrkräften unterrichtet oder braucht man dann noch einmal wieder eine andere Qualifikation?

Das Zweite ist, welches therapeutische Angebot steht den Schulen zur Verfügung für IVK und Alpha-Klassen? Also konkret, was macht man, wenn Kinder aufgrund dessen der Dinge, die sie so erlebt haben, eine therapeutische Begleitung brauchen? Wie geht der Lehrer, die Lehrkraft, die Verantwortliche damit um und was kann in den Schulen geleistet werden und was wird dann außerhalb beim UKE oder anderswo geleistet?

Und dann schließlich das Dritte. Es war eben schon einmal die Rede von der Ressource für sonderpädagogischen Förderbedarf in den IVK-Klassen. Da habe ich jetzt verstanden, für jede IVK-Klasse kalkulieren Sie mit einem Kind oder einem Schüler, der entsprechend Bedarf hat und die Ressource bekommt die Schule dann. Was ist denn, wenn die in die Regelklasse wechseln, die Kinder, die aus den IVK-Klassen kommen? Was passiert denn mit der Ressource dann?

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Wenn Kinder in eine Regelklasse wandern, werden sie wie ein Kind behandelt und in unseren verschiedenen Systemen, die wir in der Förderung für Inklusion haben, ganz normal berücksichtigt. Da werden Kinder mit dem Merkmal, dass sie über eine Zentrale Erstaufnahme gekommen sind beziehungsweise in einer öffentlich-rechtlichen Unterkunft wohnen, nicht anders behandelt, als die anderen Kinder auch. Das heißt konkret, sie verstärken in der Regel die systemische Ressource, weil sie die Zahl der Schülerinnen und Schüler erhöhen.

Bei der Frage nach der Frage von Alpha- und IVK-Klassen kann man vielleicht Folgendes sagen: Nach unseren jetzigen Erfahrungen ist das Verhältnis ungefähr 6:1. Das heißt also, von sieben Flüchtlingen ist in der Regel einer dabei, der eine Basisklasse besucht, fünf bis sechs sind dabei, die in der Regel die entsprechenden IVK-Klassen besuchen. Das schwankt zwar immer wieder, aber es hat sich so als relativ klares Verhältnis ergeben. Wie die untereinander genau erfasst und abgegrenzt werden, wie das technisch funktioniert, können vielleicht gleich die Fachleute noch etwas genauer darstellen, aber in der Tat gibt es auch unterjährige Wechsel. Ich habe mir das gerade an einer bestimmten Schule angeguckt, wo tatsächlich auch eine nicht ganz richtige Einstufung erfolgt ist und insofern hier solche Wechsel durchaus möglich sind. Vielleicht zu der Frage gleich auch noch einmal etwas genauer, wie das abgegrenzt ist und wie das technisch funktioniert.

Zum Schluss die Frage nach den therapeutischen Angeboten. Hier muss man ganz nüchtern sagen, dass die Schule auch mit Fortbildung das nicht leisten kann. Denn das handelt sich hier um hochschwierige psychisch-medizinische Aufgabenbereiche, wo man jetzt nicht so tun kann, als ob wir mit ein paar Fortbildungen im Landesinstitut aus den Lehrern auch noch nebenbei Therapeuten machen. Hier gilt in der Regel, dass die entsprechenden gesundheitlichen Angebote dann von den Lehrkräften empfohlen werden beziehungsweise die Schülerinnen und Schüler dorthin geschickt werden. Das ist dann aber eine Sache, die nicht zwingend eine Schulfrage allein ist, sondern die dann auch Krankenkassen, Krankenhäuser und Gesundheitsbehörde und viele andere berührt. Was wir allerdings machen, ist, dass wir die Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen ihrer besonderen Schulung auf diese Fragestellungen vorbereiten und damit ihnen auch Wege zeigen, wie man dort helfen kann. Nicht, dass sie selber zu Therapeuten werden, aber dass sie wissen, auf welchen Wegen Hilfe organisiert werden kann, wo man die Schülerinnen und Schüler dann hinschicken kann beziehungsweise, wo man sich entsprechenden Rat holt. Was wir allerdings tun, ist, in solchen Fällen das, was wir an Fachexpertise haben, einzusetzen. Das betrifft insbesondere die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der regionalen Bildungs- und

Beratungszentren, hier wiederum der Teil der Beratungsabteilungen, wo wir ja sehr viele Psychologen eingesetzt haben – früher REBUS, wenn ich so sagen darf –, die ebenfalls mit in dieses Unterstützungssystem eingebunden sind, um für Schülerinnen und Schüler, die eine besondere Herausforderung darstellen beziehungsweise die besondere Sorgen mit sich herumschleppen, auch entsprechend vernünftig auch im Schulbereich beraten und begleiten zu können.

In Bezug auf die Abgrenzung IVK und Regelklassen, wer mag von den Fachleuten?

**Herr Altenburg-Hack:** Vielleicht noch eine Ergänzung zu der Fragestellung Förder- oder Unterstützungsbedarf in therapeutischer Ebene. Wir haben im Januar Stellen ausgeschrieben für das ReBBZ Hamburg-Mitte, zwei an der Zahl, die aktuell in Besetzung sind richtig für Fachtherapeuten, um eben auch bei uns ein Stück des Bedarfes abzudecken. So, wie Sie es gefragt haben, es ist tatsächlich aktuell in Hamburg eine Unterversorgung. Die Traumaambulanz im UKE kann natürlich nicht in dem Umfang die Fälle bearbeiten, wie es erforderlich wäre. Und wir werden diese Personen im März, höchstwahrscheinlich beide im März oder März und April, dann auch, wie man sagt, an Bord haben, um dann von dort aus erst einmal in den ReBBZs eine Qualifizierung durchzuführen und eben auch schon auf direkte Nachfrage helfen zu können.

Zu der ersten Frage. Das ist etwas kompliziert zu beantworten, weil wir ja normalerweise so einteilen, dass die Kinder und Jugendlichen, die eine Basisklasse besuchen, diejenigen sind, die nicht in der lateinischen Ausgangsschrift alphabetisiert sind. Das ist sozusagen das Eingangskriterium. Damit ist es eigentlich relativ klar, wo ich zugeordnet werde. Das lässt sich im Vorwege erfassen. Es mag Einzelfälle geben, wo Schule beschließt, wenn auch IVK und Basis in einer Schule ist – das muss ja gegeben sein, sonst klappt das ja nicht, also man macht ja sonst noch einen Schulwechsel, das wird keiner tun – in diesen wenigen einzelnen Fällen kann es mal einige wenige Schüler geben, die zurückgehen in eine Basisklasse. Das sind dann aber eher – wie hatten Sie es vorhin für die ZEA gesagt? – über Dauer, die können dann etwas länger auch in der IVK bleiben, um dann von diesem genauen Angebot noch zu profitieren.

**Vorsitzende:** Gut, dann habe ich Frau Boeddinghaus und Herrn Oetzel noch einmal. Also wir sind immer noch beim Bereich IVK/Basisklassen.

**Abg. Sabine Boeddinghaus:** Genau. Ja, mir geht es ein bisschen wie Frau Prien. Ich habe auch noch einen Auftrag bekommen, noch einmal nachzufragen. Weil, wir hatten ja auch einen Antrag eingebracht zur Flüchtlingsbeschulung, der leider nicht überwiesen wurde, der aber mit ganz vielen Praktikerinnen und Praktikern, die in den IVK- und Basisklassen arbeiten, zusammen entwickelt wurde. Und da wurde eben auch deutlich der Wunsch geäußert, dass Schulen einen Koordinator, eine Koordinatorin bekommen für diesen Bereich, weil eben die einzelnen Lehrkräfte sich oft auch überfordert fühlen, das alles so, wie Sie das ja auch beschrieben haben, einzeln zu händeln und zu managen. Es gibt ja für vieles solche Funktionsstellen, warum nicht eigentlich auch dafür. Das ist die eine Frage, ob Sie so etwas auch schon einmal bedacht haben. Und auch der Gedanke, dass man bei Migrantenselbstorganisationen viel mehr noch auch schaut und akquiriert, wer da eigentlich in der Lage ist und qualifiziert ist, in die Schulen zu kommen und quasi als Teil eines multiprofessionellen Teams da auch mitzuarbeiten. Weil, Stichwort Kulturmittler, Dolmetscher und all dies brauchen einfach die Schulen. Sagen Sie uns mehr Unterstützung. Das beides wollte ich noch einmal.

Traumatherapie hat Frau Prien schon angesprochen. Ich denke, da muss man einfach verstärkt auch in der Ausbildung noch mehr tun, damit auch die Schulen eben diese Professionen auch noch in Zukunft mehr bekommen. Weil, viele schildern uns, viele Lehrer, Lehrerinnen schildern uns, dass die Kinder gar nicht ansprechbar sind auf normalen

Unterricht, weil sie eben erst einmal ganz andere Probleme haben, mit denen sie konfrontiert sind. Aber diese Fragen hätte ich jetzt noch einmal.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Zunächst einmal ist es so, dass wir uns entschieden haben, die Lehrerressource möglichst eng am Kind zu haben. Und deswegen haben wir die Klassenfrequenzen deutlich kleiner in diesem Bereich, als in allen anderen Schulformen. Ich hatte ja eingangs gesagt, dass wir jetzt zwischen 13, 14 im Durchschnitt liegen. Man kann das auch anders machen und die Klassenfrequenzen bei 20 einstellen und sich dann Koordinatoren sozusagen nebenbei schnitzen. Es ist eine Frage, wie man die Ressource vernünftig einsetzt. Unsere Priorität war, möglichst viele Lehrerinnen und Lehrer sollen im Verhältnis mit den Kindern direkt zusammenarbeiten. Daher diese doch relativ großzügige Personalausstattung, aber genutzt eben durch möglichst kleine Schulklassen. Ich will aber darauf hinweisen, wenn wir die Zahlen, die wir hier eben genannt haben, summieren, dann komme ich auf rund 260 Lehrerinnen und Lehrer für die allgemeinen Schulen, weitere 80 Stellen für die ZEAs und weitere – wie viele waren es jetzt? – 80, 90 Stellen im berufsbildenden Bereich. Es ändert sich ja ständig. Wir setzen hier mal eben on top weit über 400 Vollzeitstellen ein. Das ist schon eine gewaltige Ressource.

Und ich darf in diesem Zusammenhang sagen, Lehrerinnen und Lehrer werden hier behandelt nach dem berühmten bekannten Hamburger Lehrerarbeitszeitmodell. Und das heißt konkret, dass sie auch Funktionsstunden mit an die Schule bringen. Wenn wir also einer Schule 260 Lehrerinnen und Lehrer zuweisen, dann ist in diesem Modell vermacht in der Regel ein Anteil von 15 Prozent für Organisationsstunden. Bei 260 sind das alleine 40 Stellen, die die Schulen nur on top bekommen haben für Dinge, die nicht am Kind passieren, sondern Organisationsreserve darstellen. Und das ist ja schon relativ viel. Wie diese Funktionsstunden eingesetzt werden, entscheiden die Schulen dann selbst. Aber im Großen und Ganzen ist eben mit dieser Zuweisung immer auch verbunden, dass der Lehrer nicht nur unterrichtet, sondern dass die Schule zusätzliche Funktionsstunden gutgeschrieben bekommt, die sie dann einsetzen kann, wie es dem entsprechenden schulischen Angebot am besten passt. Und wenn ich, wie gesagt, nur die für IVK und Basisklassen zugewiesenen Ressourcen addiere, dann ist der Anteil eben 40 Stellen innerhalb dieser 260 Rundstellen, die wir verbuchen als freigestellte Unterrichtsstunden beziehungsweise als freigestellte Lehrerstunden, um organisatorische Arbeiten bewältigen zu können. Und dazu zählt natürlich durchaus auch die Frage der Koordination.

Ich darf darüber hinaus ergänzen, wenn es um Koordination geht, dass wir, sowie wir überhaupt nur das erste Signal von der Bundesebene gehört haben, schon mittlerweile weit vorne sind als Bundesland, um die von der Bundesregierung angekündigten Bildungskordinatoren auch nach Hamburg zu ziehen. Wir merken jetzt in unserer Beantragung, dass wir zum Teil schneller sind, als die ausgebenden Stellen überhaupt sich die Regeln ausdenken. Aber ... Und da wird auch nicht viel dabei rumkommen. Nach der Quote, die sich die Bundesregierung ausgedacht hat, können das für Hamburg drei oder vier noch zusätzliche Stellen sein. Aber immerhin, ist auch noch etwas. Hier könnten wir beispielsweise die regionalen Bildungskonferenzen mit verstärken, um vor Ort auch die Vernetzung zwischen Ehrenamt und Flüchtlingen und Schule auch auf diese Art und Weise mit anzuschieben. Insofern, glaube ich, ist für die Koordination durchaus eine Menge Platz. Die meisten Möglichkeiten hat die Schule über ihre Selbstverwaltung selbst, aber ein bisschen gibt es hoffentlich demnächst von der Bundesregierung noch obendrauf.

(Abg. Sabine Boeddinghaus: Und die Migrantenselbstorganisationen?)

**Vorsitzende:** Die Migrantenselbstorganisationen, ob die mit einbezogen werden können, Kulturmittler, als Kulturmittler und so weiter und so fort.

**Senator Rabe:** Gut. Das ist aus unserer Sicht ... Ja, wir haben mehrfach auch schon Gespräche geführt in dem Rahmen. Was ich sehr spannend fand übrigens, das nur nebenbei, dass auch die Migrantenselbstorganisationen sehr energisch darauf gedrungen haben, dass im Rahmen des Schulunterrichtes auch ein Ankommensunterricht stattfindet in Bezug auf Orientierung, auf Werte und Normen und viele Dinge in diesem Bereich. Dazu hat es Gespräche auf KMK-Ebene gegeben unter anderem. Wir glauben, dass wir vor allem über die regionalen Bildungskonferenzen es schaffen wollen, hier eine entsprechende Vernetzung vor Ort hinzubekommen. Die Einbeziehung in den direkten Unterricht ist – das wissen Sie alle, wenn es um Schule geht, egal, ob es sich um Migrantenorganisationen handelt oder andere Organisationen – schwierig. Eher geht es dabei, sie in die konzeptionelle Arbeit mit einzubeziehen. Das ist auch geplant.

**Vorsitzende:** Gut, dann habe ich Herrn Oetzel.

**Abg. Daniel Oetzel:** Ja, ich habe zu dem Komplex noch eine Frage. Und zwar wurden ja bislang sechs- bis siebenjährige Flüchtlinge gleich in Regelklassen eingeschult, aber auch das soll ja jetzt umgestellt werden nach dem Bürgerschaftsbeschluss aus dem November. Und da haben wir unter anderem nachgefragt in unserer Kleinen Anfrage, die vor wenigen Tagen zurückkam. Und da steht drin, dass bislang vier IVKs eingerichtet sind für Sechs- bis Siebenjährige. Und das erschien uns erst einmal sehr wenig. Aber es liegt vermutlich daran, dass sich diese Klassen ja noch in der Einrichtung befinden, denke ich zumindest. Aber in welchem Zeitplan plant der Senat und um wie viele Flüchtlingskinder geht es hier eigentlich? Also, wie viele IVKs in dem Bereich werden wir dann am Ende, wenn das vollständig umgesetzt ist, haben?

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Es ist in der Tat richtig. Der Bürgerschaftsbeschluss Ende November ist jetzt Anlass gewesen, eine Reihe dieser IVK-Klassen aufzubauen. Hier haben wir davon abgesehen, aus den bestehenden Klassen 1/2, wo schon Flüchtlingskinder integrativ beschult worden sind, diese Flüchtlingskinder wieder herauszunehmen und in gesonderte Klassen zu gruppieren, sodass es immer nur für die neu hinzugekommenen gilt. Der jetzige Stand ist, wenn ich es hier richtig überschlage, dass wir schon verdoppelt haben auf acht entsprechende Klassen. Denken Sie bitte daran, nur als kleines Rechenexempel, wenn wir zurzeit 2 500 Kinder rund in den IVK und Basisklassen haben, dann sind das, weil wir sie auf sämtliche Jahrgänge verteilen, vielleicht 250, 300 pro Klassenstufe. Und wenn die Klassen 10, 15, 17 Kinder groß sind, dann mögen das insgesamt in jedem Jahrgang 20 Klassen sein, die wir zwischen unseren sonstigen 600, wenn wir sie rein auf Flüchtlinge konzentrieren, füllen könnten. Sodass selbst, wenn wir jetzt im Maximalausbau sind, wir nach dem jetzigen Stand – nun bewegt sich ja das Zahlenfeld dauernd, es kommen auch weitere Flüchtlinge dazu – perspektivisch vermutlich nicht über 20 Klassen pro Jahrgang, damit vielleicht 40 für 1/2 hinauswachsen würden. Und nach wie vor muss man hier auch im Einzelfall entscheiden – das tun wir dann mit den Schulleitungen –, was dort jeweils sinnvoll ist, um das hinzubekommen. Aber das erklärt ein bisschen vielleicht einerseits die Tatsache, dass wir erst seit November damit begonnen haben, jetzt bei acht angekommen sind. Das sind ja erst zwei Monate. Dass wir nur die Ankommenden nehmen, dass wir dieses System erst aufbauen, dass wir uns aber angesichts der gewaltigen Gesamtzahlen auch nicht blenden lassen sollen, was es in Bezug auf den einzelnen Jahrgang wirklich an Menge dann ist, sodass man, glaube ich schon, sagen kann, dass es auf einem guten Weg ist.

Ich darf vielleicht hier ergänzend sagen, es gibt unter Pädagogen und Bundesländern unterschiedliche Auffassungen, ob das klug ist, Kinder separat zunächst in eigenen Flüchtlingsklassen zu beschulen. In vielen Bundesländern wird das gar nicht gemacht. Es werden zwar pädagogische Argumente angeführt, aber wir wissen, sie sind in Wahrheit auch der Organisation geschuldet, weil in einem Flächenland es einfach mengenmäßig kaum möglich ist, eigene Flüchtlingsklassen zu organisieren. Da greift man dann auch gerne zu

pädagogischen Argumenten, weil es eh nicht anders geht. Wir haben hier ein ausführliches Gespräch geführt mit vielen Grundschulleitern über diese Frage, denn Hamburg hat jahrelang keine IVK-Klassen 1/2 gehabt. Und diese Schulleiter hatten uns allerdings gesagt, das ging gut, solange es sich um wenige Kinder handelte, die mal hier, mal dort in eine Klasse hineintröpfelten, darf ich das so blumig umschreiben. Jetzt, wo es doch um eine größere Zahl geht, sind wir der Meinung als Schulleiter, dass die Beschulung prinzipiell in IVK 1/2 gesondert Erfolg versprechend ist. Wobei auch das nicht dogmatisch zu betrachten ist, aber das soll ein neuer Weg sein. Das hat zu dem Bürgerschaftsbeschluss geführt und führt jetzt zu dieser Aufbauphase.

**Vorsitzende:** Gut, dann ist damit diese Frage beantwortet und auch dieser Komplex abgeschlossen, wenn ich das richtig sehe.

Ich mache einmal einen Vorschlag, wollen wir noch einmal jetzt zehn Minuten Pause machen? Ich habe auf jeden Fall noch zwei Komplexe, nämlich Übergänge, also die Frage der Übergänge war noch einmal so eins und dann noch berufliche Bildung.

(Zuruf)

– Nein, es gibt nichts zu essen, wir wissen doch alle, die Bürgerschaft hat kein Geld.

Also, es ist nur eine Frage, oder ob wir weitermachen wollen. Ich bin da ganz leidenschaftslos. Gut, okay. Vielleicht kann man da hinten einmal ein Fenster auf Kipp machen, dass so ein bisschen Querluft kommt. Ich glaube, ein bisschen mehr Sauerstoff in diesem Raum wäre insgesamt nicht schlecht.

Gut, dann haben wir also den Fragekomplex Übergänge, genau. Da habe ich als Erstes jetzt Frau Prien und Herr Oetzel.

(Abg. Daniel Oetzel: Ich muss leider gleich los.)

Aber Sie können ja Ihre Frage schnell stellen.

(Abg. Daniel Oetzel: Ja, dann mache ich das schnell.)

Wollen Sie Ihre Frage stellen und dann Frau Prien?

(Abg. Karin Prien: Na klar.)

Ja.

**Abg. Daniel Oetzel:** Vielen Dank. Ich möchte dann nur noch einmal, bevor ich leider los muss, noch einmal die Frage loswerden nach der Abiturgeschichte. Die Frage steht ja, glaube ich, noch im Raum, also wie ist das geplant, vielleicht auch für einzelne Flüchtlinge zum Abitur zu führen, wenn sie besonders Erfolg versprechend sind, weil sie ja jetzt in einem bestimmten Alter gleich dann an die Berufsschulen kommen. Wie ist das geplant?

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Da gibt es zwei Wege. Der erste Weg, weil wir ja an den Zentralen Erstaufnahmen schon Schulangebote haben, soll hier schon zumindest die Möglichkeit bestehen, dass Lehrkräfte sagen, dieser Schüler, diese Schülerin sind derart leistungsstark, dass wir im ersten Anlauf das Abitur direkt zutrauen. Deswegen haben wir für jene Schülerinnen und Schüler jetzt erstmals auch IVK-Klassen eingerichtet, die auf die Oberstufe direkt vorbereiten. Die wechseln doch ins allgemeine Schulsystem, sind insofern eine Ausnahme von der eben beschriebenen Regel, dass eigentlich 16-Jährige und ältere Schüler



an die Berufsschulen gehen. Wenn sie in der Zentralen Erstaufnahme im einführenden Schulunterricht durch entsprechendes Leistungsvermögen auffallen, ist dieses der Weg, der jetzt zusätzlich geöffnet worden ist. Und ich glaube, wir haben an der Stadtteilschule am Hafenspeicher die erste IVK eingerichtet als Vorbereitung für die Oberstufe.

(Herr Schulz: Und das ist ja auch eine berufsbildende Schule, gemeinsam am Standort.)

Gut, das verwässert jetzt die Frage in zusätzlichen Komplikationen, aber in diesem Fall geht es um den allgemeinen Teil der Schule.

Die andere Frage ist, was passiert mit denjenigen, die an die beruflichen Schulen kommen. Hier würde ich Herrn Schulz bitten, das noch einmal genauer auszuführen, aber auch hier ist es keine Sackgasse, die nicht zum Abitur führt. Das haben wir durch die verschiedenen Reformen im Berufsschulwesen ermöglicht. Vielleicht kann das noch einmal genauer dargestellt werden.

**Herr Schulz:** Ja, die Schülerinnen und Schüler, die in berufsbildenden Schulen eingeschult werden und einen Flüchtlingshintergrund haben, haben ja die Möglichkeit, in Av-M Dual einen ersten und auch einen mittleren Bildungsabschluss zu machen. Das heißt, diejenigen, die zu uns kommen und nach zwei Jahren die Schule mit einem mittleren Bildungsabschluss verlassen, haben dann die Möglichkeit, im berufsbildenden System eine Berufsausbildung zu machen, in der Berufsausbildung die Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben, wie deutsche Schüler eben auch, haben die Möglichkeit, anschließend auf ein berufliches Gymnasium zu gehen oder haben auch die Möglichkeit, wenn sie den mittleren Bildungsabschluss bei uns erworben haben, in die Oberstufe eines Gymnasiums oder einer Stadtteilschule zu wechseln, um das Abitur machen zu können. Die Möglichkeit besteht ja in jedem Falle. Also von daher ist es da gar kein Problem. Und in Deutschland besteht ja seit einigen Jahren auch die Möglichkeit, wenn man eine berufliche Erstausbildung macht und nicht das Abitur macht, kann man auch mit dieser beruflichen Erstausbildung an einer Hochschule eine Aufnahmeprüfung machen und auch ohne Abitur dort studieren, auch das ist möglich.

**Vorsitzende:** Herr Oetzel geht jetzt, richtig?

**Abg. Daniel Oetzel:** Ja, die Fragen ist erst einmal beantwortet. – Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Gut. Frau Prien.

**Abg. Karin Prien:** Ja, vielen Dank. Ich will da gleich einmal anschließen, mich so ein bisschen herantasten. Erst einmal finde ich interessant die Frage, wie sind eigentlich die Schulsysteme der Hauptherkunftsländer. Das brauchen Sie jetzt nicht referieren, das erwarte ich jetzt nicht, aber ich finde, ich habe dazu schon eine Anfrage vorbereitet. Das finde ich sehr spannend, um einfach einmal zu gucken, wie ist das eigentlich mit Schülern, die dann schon kommen und möglicherweise auch schon einmal einen ersten Abschluss in ihrem Herkunftsland haben. Wie kann man die eingruppieren, wie sind, auch nach OECD-Standard, die Leistungsstände, die die dann mitbringen, gibt es dann so eine Art Anerkennungsverfahren für erste oder mittlere Bildungsabschlüsse, wenn es so etwas denn dort gibt, um die dann weiter so ...? Also diese Dinge, wie weit haben Sie schon angefangen, das sozusagen einmal zu systematisieren? Das würde mich interessieren, ohne dass ich jetzt heute erwarte, dass Sie das vollständig sagen können, aber wie man sich dem nähert.

Die zweite Frage wäre, wenn die Schüler, Sie haben ja vorhin referiert, dass Sie versuchen, relativ gleichmäßig auf Stadtteilschulen und Gymnasien zu verteilen. Wenn ich jetzt meine IVK-Klasse am Gymnasium beendet habe, was passiert dann? Bin ich dann weiter im

Gymnasium oder gehe ich dann auf die Stadtteilschule? Ich weiß, das ist gar nicht so praktisch bisher, weil, der ganz große Schwung kommt ja erst nach Abschluss regelmäßig eines Jahres und die sind ja alle noch gar nicht ein Jahr drin. Wie wird das laufen? Das vielleicht einmal zum Beginn.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Gut, die erste Frage bezog sich auf den Komplex Schulabschlüsse beziehungsweise Schulbildung im Heimatland, einmal, welche Voraussetzungen wir bisher in der Erfahrung haben und zum anderen, ob es Anerkennungsverfahren gibt für die Abschlüsse. Eigentlich haben wir da jede Menge Experten, weil auch Hamburg hier ja mehrfach auch bei Bundesinitiativen Vorreiter war. Jetzt eher hier zur Anerkennung von Schulabschlüssen?

(Herr Schulz: Beides.)

Macht erst einmal Ihr beide. Gut, und dann würde ich gern zu dem anderen Komplex auch noch einmal etwas sagen.

**Herr Schulz:** Also das Phänomen, dass wir Menschen, die aus einem anderen Herkunftsland kommen und hier ihren Schulabschluss anerkennen lassen wollen, das haben wir ja unabhängig von der Flüchtlingskrise sowieso gehabt und das Schulinformationszentrum in der BSB prüft sozusagen, wenn die mit Dokumenten kommen, welchen Schulabschluss sie in ihrem Heimatland erworben haben und wie der sozusagen vergleichbar mit einem Schulabschluss hier bei uns ist. Und dann wird derjenige mit seinem Schulabschluss eingestuft. Übrigens, das ist dann auch Grundlage dafür, ob wir ihn zum Beispiel in einer IVK 11 einschulen oder nicht einschulen, weil wir natürlich niemanden in die Oberstufe lassen, der nicht einen den Anforderungen des mittleren Bildungsabschlusses entsprechenden Schulabschluss mitbringt. Das muss man schon machen. Und in der berufsbildenden Schule ist es ähnlich, da checken wir das natürlich auch vorher, weil, davon hängt ja ab, ob er in diesen zwei Jahren dann anschließend einen mittleren Bildungsabschluss erwerben kann oder nicht.

Das Zweite, was in dem Alter von 16 bis 18 Jahren durchaus eine wichtige und große Rolle spielen kann, ist ja, dass jemand, der aus einem Land wie Syrien kommt mit 18 Jahren, oder sagen wir einmal mit 17 Jahren und 300 Tagen, bei uns eingeschult wird in der Av-M Dual-Klasse, dort aber durchaus schon zwei oder drei Jahre gearbeitet hat und dann vielleicht keine Form mehr ...

**Senator Rabe:** In Syrien.

**Herr Schulz:** In Syrien, ja. Und dann eben eigentlich dort schon berufstätig war und in dieser Berufstätigkeit natürlich formale, manchmal, aber meistens ja non-formale Kompetenzen erworben hat. Und da sind wir, ehrlich gesagt, gut in der Anerkennung der formalen Kompetenzen, aber in ganz Deutschland noch nicht wirklich gut in der Anerkennung non-formaler Kompetenzen. Das wäre aber notwendig und da arbeitet die Bundesregierung und auch die Bundesagentur im Moment ja sehr stark dran, dieses hinzubekommen, weil natürlich jemand, der drei Jahre dort auf dem Bau gearbeitet hat, sehr wohl auch durch das praktische Tun Kompetenzen erworben hat, die er hier auch, wenn er hier in eine Ausbildung geht, verwenden kann.

Wir haben glücklicherweise vor der Flüchtlingswelle ein Berufsqualifizierungsanerkennungsgesetz in Deutschland beschlossen und wir haben das auch in Hamburg als erstes Bundesland umgesetzt. Und das war gut so, weil das uns jetzt im Moment natürlich auch hilft, dort relativ schnell festzustellen, was bringt denn derjenige an formalen Abschlüssen zumindest auch mit.

**Senator Rabe:** Die andere Frage betrifft den Übergang von der IVK Gymnasium in eine entsprechende Regelklasse. Dazu würde ich gern Herrn Altenburg-Hack bitten, hier allerdings auch sagen, da müssen wir auch noch eine Reihe von Erfahrungen sammeln. Wir haben die Klassen jetzt alle erst in diesem Jahr eingerichtet, die Übergangsfrage stellt sich zum jetzigen Zeitpunkt direkt noch nicht. Die ersten Gespräche, die ich mit Gymnasiallehrern und Schulleitern geführt habe, waren allerdings so, dass man hoffen konnte, dass doch ein erklecklicher Teil sogar den Übergang in das Gymnasium schaffen könnte. Wir wollen diese Entwicklung aber zunächst einmal abwarten, vielleicht gibt es da noch Ergänzungen.

**Herr Altenburg-Hack:** Ja, es ist tatsächlich so, dass es in der Entwicklung ist. Dieses Phänomen, was der Herr Senator beschreibt, ist an den Gymnasien vorhanden. Das im System sozusagen als Inspirationsgeber wirkt sich positiv auf die Lernleistung der Schülerinnen und Schüler in der IVK aus und es gehen mehr über in die Regelsysteme, als wir es erwartet hatten. Es ist ein Unterschied zu den IVKs am Gymnasium Hamm. Das war das tradierte Gymnasium, wo Gymnasial-IVKs waren, das war klar, dass die im System bleiben. Die über 30 Lerngruppen IVK, die wir jetzt an Hamburger Gymnasien eingerichtet haben, werfen genau diese Fragestellung auf. Und da muss man auch differenzieren, ist es eine IVK 5/6, dann kommt ja die Schwelle 6/7, die ist ja sehr relevant. Wenn ich eine IVK 7/8 habe, habe ich etwas länger Zeit als Schule, einen Schüler zu integrieren in die Lerngruppe und dann ist die nächste Schwelle erst die Jahrgangsstufe 10. Da kann man also sozusagen auch sich jemand noch entwickeln lassen im Regelsystem. Wir haben ja heute noch nicht gesagt, dass die Kinder- und Jugendlichen, die eine IVK verlassen, immer noch ein dritte Phase haben, wo sie noch 0,66 WAZs für ein Jahr bekommen, wo in der Regelklasse noch weiterer Spracherwerb und Sprachunterstützung betrieben werden kann. Tatsächlich ist es so, dass wir durch die Einrichtung im letzten halben Jahr jetzt erst in die Phase hineinkommen, dass ab Sommer 2016 Übergänge zu verzeichnen sind und dann müssen wir unser Regelwerk entsprechend anpassen.

**Abg. Karin Prien:** Genau, Regelwerk ist das Stichwort. Wird es dazu eine entsprechende, ja, weiß ich nicht, Schulgesetz oder wo gehört das rein? Eigentlich schon, Übergangsregelung im Schulgesetz wäre das wohl?

**Senator Rabe:** Ja, das gucken wir uns jetzt aber nun wirklich noch einmal genau an und müssen auch überlegen, ob es dazu überhaupt formaler Regelungen bedarf und welche, wie sie denn verankert werden, ob das Deputation ist, ob das Verordnung ist, Schulgesetz, kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

(Abg. Karin Prien: Dann merke ich mir das und lege es mir auf Wiedervorlage.)

**Vorsitzende:** Gut, das ist jetzt der ... ah, Frau Hennies.

**Abg. Astrid Hennies:** Ja, eine Nachfrage hätte ich noch. Wie gehen wir denn mit den Schülern um, die das nicht nachweisen können, wenn sie 16, 17 sind, in ihrem Heimatland eine Schule besucht haben, nicht nachweisen können, dass sie vielleicht schon in die Oberstufe dürften, ja, dazu würde ich gerne etwas von Ihnen hören.

**Herr Schulz:** Ja, das Problem ist, das sind die meisten. Also da müssen wir uns nichts vormachen. Die meisten überlegen nicht vorher, bevor sie fliehen, wo habe ich noch irgendwo ein Zeugnis rumliegen, das ich mitbringe. Das ist leider so. Wir führen am Anfang und dann auch bei nicht vorhandener deutscher Sprache, meistens dann ja mit Dolmetscher, wenn wir die Schüler beraten, so ein Anfangsgespräch und versuchen herauszufinden, was hat der eigentlich vorher gemacht und was könnte da vielleicht bei rauskommen. Dann wird der bei uns in Av-M Dual erst einmal aufgenommen und dann merken die Lehrerinnen und Lehrer ja im täglichen Tun mit diesem Schüler, ob der wirklich zehn Jahre zur Schule gegangen ist und bestimmte Dinge beherrscht oder nicht beherrscht. Und dann macht der

am Ende bei uns eben eine Prüfung. Und wir arbeiten im Moment auch daran, dass wir also jemandem, der keinen Schulabschluss formal nachweisen kann die Möglichkeit geben, dann an einer mittleren Bildungsabschlussprüfung teilzunehmen. Und wenn er die Anforderungen erfüllt, kriegt er dann auch den mittleren Bildungsabschluss. Damit müssen wir so umgehen, anders kann man das ja gar nicht machen. Und ich muss ganz ehrlich sagen, da habe ich auch ein ziemlich großes Zutrauen in unsere Lehrerinnen und Lehrer. Man kann es nur nicht bei so einem Erstberatungsgespräch voll rausfinden. Da kriegt man eine erste Idee davon, was das sein könnte, aber viel mehr kriegt man eigentlich nicht und der Rest wird dann im laufenden Unterricht gemacht, wenn er in der Schule ist.

**Vorsitzende:** So, wenn wir jetzt zum Thema Übergänge keine Fragen mehr haben, dann kommen wir zum vierten Komplex, das ist der ganze Bereich berufliche Bildung, also auch inklusive Av-M. Gibt es dazu schon Wortmeldungen? Frau Boeddinghaus.

**Abg. Sabine Boeddinghaus:** Ich habe noch zwei kurze Fragen. Einmal hatten Sie gesagt, dass zu Anfang erst einmal das Deutschlernen steht und dann kämen diese zwei Phasen, Unterricht und Betrieb. Wie ist aber das Deutschlernen oder das Deutschsprechen und sich verständigen im Betrieb möglich und organisiert und begleitet? Weil, die werden ja nicht vollständig Deutsch sprechen können, bevor sie in den Betrieb gehen. Also da gehen ja vielleicht Jahre ins Land bei manchen, oder jedenfalls mehr als ein halbes. Ich habe keine Ahnung, was Sie da für Zeitspannen haben. das würde ich gerne noch einmal ein bisschen verstehen, weil wir auch Rückmeldungen bekommen haben, dass es durchaus da manchmal nicht ganz einfach ist im Betrieb, also sich dann zu verständigen. Wenn wir schon bei Grundschulkindern über Schwimmengehen reden, dann ist das da vielleicht umso schwieriger.

Die zweite Frage ist überhaupt noch einmal grundsätzlich die Zeitfrage, die man den jungen Menschen gibt oder geben muss, weil, die sind ja alle unterschiedlich, wie wir alle unterschiedlich sind. Und ist es so einfach, in Führungsstrichen, sie in diese zwei Jahre zu bringen? Mit welcher Perspektive, kann man da schon etwas sagen? Kann man da vielleicht eher Modelle fahren, die modularisierter sind nach Bedürfnissen? Also das stelle ich mir nicht einfach vor, auch für Sie nicht, das ist gar keine Frage, das ist echt ein schwerer Job. Und das würde mich aber interessieren, weil, es wäre ja schade, wenn die dann nach den zwei Jahren mit so gar nichts dastehen. Wie geht es dann weiter? Die sind ja trotzdem hier in unserem Land und wir brauchen sie und wir wollen ihnen eine Perspektive geben. Also das würde mich noch einmal interessieren, was Sie sich da für Gedanken machen.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Ja, Frau Boeddinghaus, ich stimme Ihnen in allen Punkten zu. Das Ziel muss sein, diesen jungen Menschen möglichst frühzeitig den Weg auch in den Arbeitsmarkt, in einen Beruf zu eröffnen, weil wir auch die Überzeugung haben, dass die wahre Integration nicht ausschließlich sich beschränken darf auf die Sondersituation eines Schulunterrichtes, sondern dass sie im Leben, im Mitmachen stattfindet, und dass das wahre Ankommen dann auch ist, dass man in solchen sozialen Zusammenhängen, die in unserer Gesellschaft maßgeblich durch die Berufswelt beeinflusst werden, seinen Platz findet. Daher eben auch die Idee mit dem Av-M Dual, das ja mit diesen umfangreichen betrieblichen Praktika die entsprechenden Berührungsfelder zu der Welt außerhalb der Schule ermöglicht.

An dieser Stelle will ich eingangs sagen, bevor Herr Schulz das im Detail noch einmal ausführen kann, dass die Idee mit dem Praktikum mehrere Aspekte hatte. Das ist einerseits natürlich schon eine lebensweltliche Situation, die wir dort schaffen, um jungen Menschen tatsächlich das Ankommen in unserer Gesellschaft eben nicht nur in der Schule theoretisch beizubringen, sondern es praktisch auch umzusetzen. Es ist zweitens tatsächlich auch ein Erfahrungsschatz für viele, weil wir da auch sehr spannende Gespräche schon haben mit jungen Menschen, die Deutsch dann von einer Weise kennenlernen, die sie von ihrem

Heimatland aus Fernsehberichten so nicht erwartet haben. Manchmal sind es Dinge, über die man schmunzeln kann. Herr Schulz erzählte neulich von Gesprächen mit Jugendlichen aus arabischen Ländern, die am meisten faszinierend fanden, dass in ihrem Handwerksbetrieb der Chef eine Frau war. Das ist ja auch ein schöner Beitrag, sage ich einmal, zur Ankommenskultur, aber es hat sie sehr bewegt, das konnte man schon so sehen. Also all dies vollzieht sich da auch, das Reden und das Sprechen der deutschen Sprache in Berufszusammenhängen ist für uns ein wertvoller Schatz. Aber wir wissen, dass das verdammt schwer ist, auch für die Betriebe. Und zur Situation der Praktikumsplätze kann Herr Schulz vielleicht auch noch genauer etwas ausführen. Ich will nur hier sagen, wir lassen die Betriebe nicht allein, sondern nehmen Geld in die Hand, nicht wenig Geld, um zusätzliche Berufsbegleiter einzustellen, die ergänzend zu den Lehrerinnen und Lehrern an der Schule dann vor Ort entsprechend die Betriebe und die jungen Menschen in den Betrieben direkt ansprechen, betreuen und begleiten, um Konflikte, um Hürden sozusagen aus dem Weg zu räumen. Und dazu haben wir dann eben auch zusätzliches Personal ausgeschrieben. Wie wir das kriegen, was die genau tun, das kann Herr Schulz vielleicht auch noch mit genauer darstellen.

**Herr Schulz:** Ja, Frau Boeddinghaus, Sie haben das ja gerade eben sozusagen implizit beschrieben, warum wir eine Ankommensphase haben. Wir haben die Ankommensphase ja mit einem verstärkten Deutschlernen, mit Regelwerk lernen, wie lebt man überhaupt in Deutschland zusammen, wie muss man sich wo benehmen, sage ich jetzt einmal in Anführungsstrichen, welche Werte und Normen gelten. Und dann, die Anbahnung am Ende dieser zwei Jahre, einen Schulabschluss zu machen und auch den Übergang in eine Ausbildung oder in einen sinnvollen Anschluss hinzubekommen, der individuell natürlich sehr unterschiedlich ausgestaltet sein kann. Da haben wir überhaupt keinen Dissens, das sehen wir ganz genauso wie Sie. Und diese ersten Monate des Ankommens, ein Betriebspraktikum finden und eben auch einen ersten Tag im Betriebspraktikum durchstehen, mit so viel Deutschkenntnissen, dass man sich wenigstens so verständigen kann, dass man da am Arbeitsplatz auch bestehen kann. Das heißt nicht, dass man alles perfekt können muss, aber man muss wissen, wie man Kollegen begegnet, man muss wissen, wie man die anspricht, man muss wissen, wenn man etwas nicht verstanden hat, was man dann sagt und wie man eine Frage stellen kann, das lernen die in der Regel schon im ersten Halbjahr. Und dann ist der große Vorteil, das haben wir in unseren Piloten eindeutig herausgefunden, ist dann, dass ein betriebliches Praktikum sozusagen Sprachanlässe durch das Tun im Betrieb einfach vorgibt. Also ein Jugendlicher, der an einer Werkbank steht und mit Kollegen zusammenarbeitet, der wird mit Situationen konfrontiert, in denen er die Sprache lernen muss. Ich würde einmal sagen, bei mir ist das sehr lange her, aber ich war schlecht in Englisch in der Schule und ich habe irgendwann vor meinem Studium ein Jahr in Kanada verbracht und dort habe ich im Nu Englisch gelernt, weil ich es lernen musste. Und ich kann heute noch einen Mähdrescher auf Englisch erklären. Das kann kaum einer sonst.

(Heiterkeit)

Aber ich wollte damit nur sagen, die Schülerinnen und Schüler oder die Jugendlichen lernen in diesem betrieblichen Kontext eben auch berufsbezogene Sprachkompetenzen, die sie sonst so in der Schule im normalen Unterricht mit Smalltalk eigentlich nicht lernen würden. Und die betrieblichen Integrationsbegleiter, die diese Jugendlichen ja auch in diesen betrieblichen Phasen betreuen, die schauen sich auch ganz genau an, was der Jugendliche dort macht. Und dann wird das betriebliche Sprachlernen mit dem schulischen Sprachlernen verbunden. Das heißt, da ist jemand in einem Handwerksbetrieb, der hat bestimmte Abläufe immer wiederkehrend, der kommt schon mit einer Liste im Unterricht an und sagt, hier habe ich einmal sieben Worte oder zehn Worte aufgeschrieben, die ich nicht verstehe. Das musst du mir jetzt beibringen, weil, ich muss da morgen oder nächste Woche wieder hin. Das heißt, wir verbinden das betriebliche Lernen, auch das Sprachenlernen, mit dem betrieblichen Lernen im Betrieb und in der Schule so miteinander, dass die Schüler möglichst schnell dort vorankommen.

Ein kleiner Spagat ist, sie vorbereiten auf eine Ausbildung und sie gleichzeitig aber auf einen allgemeinbildenden Schulabschluss vorzubereiten, das ist durchaus so. Und natürlich sind da Schüler dabei, die das locker in zwei Jahren schaffen, die würden es auch schneller schaffen, was übrigens auch nicht schlimm ist, wenn sie es schneller schaffen, und andere, die sind nach zwei Jahren so weit, dass sie in eine sinnvolle Anschlussmaßnahme gehen müssen und nicht in eine Ausbildung. Und andere wiederum sind so weit, dass sie in eine Ausbildung gehen können, aber wenn sie nachher die schriftliche Abschlussprüfung bestehen müssen, auch während des Berufsschulunterrichts in der Ausbildung weiter sprachlich gefördert werden müssen. Darauf müssen wir uns einstellen. Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass wir diese Jugendlichen ja genauso wie alle anderen Jugendlichen auch über die Jugendberufsagentur dann auch so weiter begleiten wollen, wie wir das mit den anderen Jugendlichen, die wir sonst in AvDual oder sonst wo haben, ja auch haben. Das heißt, die Jugendlichen müssen dann am Ende dieser Maßnahme, damit sie dann auch einen sinnvollen Anschluss kriegen, auch so über die Arbeitsagentur vermittelt werden oder in Maßnahmen, die von der Arbeitsagentur dann ja auch bezahlt und gefördert werden, kommen, dass sie dann eben den nächsten Schritt, möglichst in Ausbildung zu kommen, auch hinbekommen. Von daher ist es durchaus flexibel und auch individuell, aber erst einmal kriegen sie alle zwei Jahre so ein Grundgerüst an die Hand und lernen auch Betriebe kennen. Und wir schaffen das mit vielen Jugendlichen dann auch, den Übergang in eine Ausbildung in dem Betrieb hinzubekommen, weil die Betriebe ja die Jugendlichen auch kennenlernen und sagen, der kann noch nicht so ganz gut Deutsch, aber der ist prima, der ist pünktlich, der hat Lust, hier zu arbeiten, die Kollegen mögen den, all solche Dinge spielen dann nachher auch eine Rolle. Und wenn einmal Konflikte gibt, ist auch der betriebliche Integrationsbegleiter natürlich dafür da, dass er diese Konflikte schlichten kann, dass der Jugendliche auch einmal sagen kann, ich habe heute eine komische Situation erlebt, ich weiß gar nicht, wie ich das deuten soll. Der betriebliche Integrationsbegleiter es mit ihm aufarbeiten kann und auch eine Strategie entwickeln kann, wie er das denn ansprechen kann im Betrieb. Oder umgekehrt, das sage ich Ihnen auch ganz offen, es sind meistens Leute aus Betrieben, die auf den betrieblichen Integrationsbegleiter zukommen und sagen, also der ist heute schon wieder unpünktlich gewesen, ich weiß nicht, wie ich das ansprechen soll, können Sie nicht einmal mit ihm sprechen. Also diese Dinge spielen da ja eine Rolle. Und die Betriebe sagen ganz klar, wir machen das gerne, aber wir brauchen eine Unterstützung von euch. Und in Av-M Dual bieten wir ihnen diese Unterstützung, also dem Jugendlichen die Unterstützung, aber dem Betrieb eben auch.

**Senator Rabe:** Ich würde gerne an einer Stelle ergänzen, weil ich vorhin etwas anekdotisch erzählt habe von der Begebenheit, mein Chef ist eine Frau. An der Stelle auch deshalb, weil wir hier sehr viel über Werte und Normen geredet haben, weil wir die Bücher gemacht haben, die Unterrichtsvorbereitung, möchte ich umgekehrt noch einmal sagen, ich habe ein bisschen die Sorge, dass wir uns auch wegen der Ereignisse in der Öffentlichkeit Köln oder Silvester in Hamburg hinreißen lassen zu einem Bild über die jungen Menschen, das aus meiner Sicht nicht zutrifft. Wenn ich mir diese Schulklassen angucke und wir besuchen häufiger welche, dann stellen wir durchaus fest, dass Ihnen das, was wir als abendländische Werte begreifen, keineswegs völlig fremd ist, dass einige sogar gezielt sagen, deswegen bin ich auch gekommen. Und wir deshalb auch nicht allzu, hier, sage ich einmal, und ich selber will auch dazu nicht weiter beitragen, über das Anekdotische den Eindruck erwecken sollten, dass hier Menschen ankommen, die mit unserer Kultur überhaupt noch nie in Berührung gekommen sind und gar keine Ahnung haben, sondern im Gegenteil, ich immer wieder in entsprechende Unterrichtszusammenhänge gerate, wo sich mir die Situation vor Ort wesentlich freundlicher darstellt, als es sich manchmal in unseren gegenseitigen Erzählungen abspielt.

Ich will hier anspielen unter anderem darauf, dass der frühere französische Premierminister, Herr Ayrault, vor Kurzem Hamburg besucht hat, genau wegen dieser besonderen Angebote

für Flüchtlinge. Er ist Vorsitzender einer EU-Kommission oder zumindest Mitglied einer EU-Kommission, die Wege sucht, die Integration zu verbessern, und hat sich dazu gezielt Hamburg und die Hamburger Schulen ausgesucht.

Wir sind unter anderem mit ihnen gewesen an einer beruflichen Schule, wo gerade dieses Av-M Dual läuft, wo die Schülerinnen und Schüler nach dem ersten halben Jahr Sprachunterricht jetzt dabei waren, ihre Praktikumsplätze zu akquirieren. Bewerbungen waren geschrieben, die meisten hatten schon einen Platz. In dieser Schulklasse saßen zwölf junge Männer und eine junge Frau. Ich hatte den Eindruck, dass die junge Frau in jeder Hinsicht als Klassensprecherin taugte und sich durchaus zu behaupten wusste in dieser Gesellschaft. Sie war natürlich vollkommen unverschleiert und wäre hier jederzeit als Abiturientin in anderen Zusammenhängen durchgegangen, das hätte niemand gemerkt. Sie war auch diejenige, die einen Praktikumsplatz erobert hatte. Und das zeigt mir auch noch einmal, dass wir hier zwar ernst nehmen sollten diese Aufgabe, dass wir aber auch mit Maßen in unserer Diskussion und ich will selber eben auch bei meinen Anekdoten, dann diese eben nicht verhehlen von diesem Bild, das ich da immer noch lebhaft vor Augen habe, schon sagen müssen, auch vor Kurzem haben mir Gymnasiallehrer gesagt, was sollen wir mit so einem Ordner, das können die alles. Vor dem Hintergrund muss man, glaube ich, die Komplexität dieser Aufgabe ernst nehmen, aber auch nicht so tun, als ob wir dort absolutes kulturelles Neuland in jedem Fall betreten.

**Abg. Sabine Boeddinghaus:** Eine ganz kurze Nachfrage. Ja, apropos Praktikumsplatz erobert, also wie sieht das aus, haben Sie genügend?

**Herr Schulz:** Also, es ist so, dass wir ja zum 1. Februar 2016 jetzt anfangen, die Bildungsgänge, die wir haben, wo die Schüler im ersten Bildungsjahr sind, das hat Herr Rabe ja vorhin erklärt, umzustellen. Das ist übrigens nicht der reguläre Weg. Also normalerweise würden wir jetzt ein Jahr so einen Bildungsgang planen, dann würden wir alle neuen Schüler in diesen Bildungsgang aufnehmen und die alten Schüler in dem alten Bildungsgang auslaufen lassen. Das machen wir hier nicht. Und der Vorlauf war jetzt auch nicht ein Jahr, sondern zwei Monate. Ja, ist so! Und ich finde, das ist eine gewaltige Leistung, die da meine Kollegen vor Ort wuppen. Wir haben jetzt mehrere Tingeltouren durch die Kammern, also auf Veranstaltungen der Kammern, die die Kammern organisiert haben, die der UVNord organisiert hat, die die Handwerkskammer organisiert hat, die die Innungen organisieren. Und wir kriegen laufend Anfragen und wir haben ja in einer Stückzahl von über 3 000 diesen Flyer auch verteilt und die Betriebe schicken uns eine Mail, die wird in einem Postfach automatisch generiert und dann kriegen sie von uns eine Rückantwort. Und die melden uns, ich habe Interesse an einem Jugendlichen, ich stelle ein, zwei, fünf Praktikumsplätze zur Verfügung. Ab 1. Februar 2016 haben wir 400 Schülerinnen und Schüler, die bereits im Praktikum sind, und wir haben jetzt 200, 300 Praktikumsplätze auf der Liste, wo Betriebe gesagt haben, ich habe daran Interesse und ich würde gerne einen Praktikanten nehmen. Und wir haben heute den 4. Februar 2016 und die Schüler gehen ja erst im Sommer, nicht alle, einige gehen auch früher ins Praktikum, aber der größte Schwung, also 1 200 sind es dann ja noch, die ab 1. Februar 2016 jetzt in Av-M Dual beschult werden, werden ja dann im Sommer ins Praktikum gehen. Und wir sind eigentlich sehr zuversichtlich im Moment, dass wir ausreichend Praktikumsplätze finden werden.

Ich habe auch das Gefühl, dass sich in der Unternehmerschaft in Hamburg langsam durchsetzt die Einsicht, dass Jugendliche, die aus dem Ausland kommen, vielleicht doch erst einmal so etwas wie eine rudimentäre Bildung brauchen, wenn sie in Betrieben ein Praktikum oder eine Ausbildung machen wollen. Denn wir machen ja auch in dem Projekt 30 im Handwerk durchaus Erfahrungen, dass Schülerinnen und Schüler zwar ganz gut im Betrieb klarkommen, aber ihnen auch viel an Bildung und an Bildungsvoraussetzungen, die unsere Jugendlichen eben ganz selbstverständlich nach zehn Schuljahren haben, doch fehlt. Und das ist ein ganz schöner Kraftakt. Und ich glaube, der Weg jetzt, die Jugendlichen über diesen Weg auf eine Ausbildung vorzubereiten und dann den Unternehmen zu sagen, und

jetzt guckt euch die doch an, gebt ihnen eine Chance über ein Praktikum, ist, glaube ich, ein ganz guter Weg. Und der wird ja auch von den Kammern und vom Unternehmensverband Nord voll getragen.

**Vorsitzende:** Gut. Frau Prien.

**Abg. Karin Prien:** Ja, ich würde gern noch einmal anschließen an den Themenkomplex, und zwar, wir haben ja dieses Modell assistierte Ausbildung ja nicht für Flüchtlinge ursprünglich einmal, aber das hat sich ja in den Modellprojekten ganz gut bewährt. Und geht das jetzt zulasten sozusagen, sage ich einmal, oder ist das alles additiv und wo kommen die Mittel her? Hat der Bund – ich habe so etwas im Hinterkopf – zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt? Und sind die auskömmlich oder gibt es da Handlungsbedarf? Das wäre das eine. Und das andere ist, eben noch einmal an das Thema Kultur anzuschließen, ich habe gehört, dass es mitunter Schwierigkeiten gibt, Jugendliche in der Ausbildung zu halten, weil eben die duale Ausbildung bisher jedenfalls kein weltweiter Exportschlager ist, aber vielleicht auf dem Weg dahin ist. Und dass manche eben doch lieber irgendwie nach einem Job suchen, bei dem sie dann schneller Geld verdienen können und dass das gar nicht so einfach ist, die Jugendlichen selbst da, wo es Angebote gibt, auch in den Ausbildungen zu halten, jedenfalls in manchen Branchen.

**Herr Schulz:** Ja, Sie haben das Thema assistierte Ausbildung angesprochen, das Instrument der Arbeitsagentur ist ja ein Instrument für Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz haben und die in der Ausbildung sozusagen weiter betreut werden, damit sie möglichst anschließend den Bildungsabschluss auch bekommen. Bei der Av-M Dual wäre das eine Maßnahme für die Jugendlichen, die erfolgreich durch Av-M Dual gegangen sind. Da sind wir im Moment ... also das haben wir, das Instrument. Wir haben eher Mühe, es auszuschöpfen und wir haben Vereinbarungen jetzt mit der Arbeitsagentur in Hamburg getroffen, dass wir dieses Instrument insbesondere für den Personenkreis der jungen Flüchtlinge nutzen wollen, weil wir glauben, dass man die assistierte Ausbildung sehr gut als Instrument auch so weiterentwickeln könnte, dass es für diesen Personenkreis eine richtige Unterstützung ist. Wir sind im Moment auf der KMK-Ebene im Bund ja auch mit den Bundesministerien in Verhandlungen und sind eigentlich dabei, alle Instrumente, die die Arbeitsagentur zur Verfügung stellt, für den Personenkreis der Flüchtlinge zu öffnen, zu erweitern und zu nutzen. Also das wäre so ähnlich auf die Frage von Frau Boeddinghaus vorhin, was ist denn mit einem Jugendlichen, der nach zwei Jahren, wo er noch schulpflichtig ist, aus Av-M Dual rausgeht. Der wäre ja nun danach nicht mehr schulpflichtig und dann müsste er aber in die Maßnahmen, die die Bundesagentur ja zur Verfügung stellt, auch reinkönnen. Er dürfte nicht ausgeschlossen sein davon. Und daran arbeiten wir im Moment. Teilweise ist es im Asylpaket II auch jetzt verabschiedet worden, dass, wenn ein Jugendlicher eine Ausbildung beginnt, dass er dann auch die drei Jahre der Ausbildung hierbleiben darf, auch wenn sein Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt ist, und auch zwei Jahre im Anschluss. Und auch das Eintrittsalter von 21 ist auf 25 Jahre angehoben worden. Das sind alles so Maßnahmen, die dazugehören.

Jetzt habe ich den Faden zur zweiten Frage verloren. Das war ...

(Abg. Karin Prien: Akzeptanz dualer Ausbildung.)

Ach so, ja, Kultur. Da gibt es zwei Dinge. Also zunächst einmal haben wir mit den Schülern, und deswegen ist es so wichtig, dass wir das Angebot auch dualisieren. Die Schüler kommen aus einem Kulturkreis, wo Ausbildung zur Schule oder zur Universität gehen bedeutet. Und in einen Betrieb gehen, bedeutet für sie nicht Ausbildung, sondern arbeiten. Und wir müssen ihnen jetzt beibringen, dass in Deutschland das Ausbildungssystem historisch völlig anders gewachsen ist und dass es in Deutschland ein hohes Gut ist, einen dualen Ausbildungsabschluss zu machen und in einer Schule und in einem Betrieb zu lernen. Und das ist harte Arbeit für die Kollegen am Anfang, weil die Schüler sagen, warum



muss ich jetzt zwei Tage in den Betrieb, ich würde lieber fünf Tage hier in der Schule lernen. Also sie müssen sich sozusagen damit auseinandersetzen und müssen es wirklich begreifen und das dauert schon eine Weile. Deswegen ist es aber wichtig, dass wir das genauso machen, denn ein Großteil von diesen Schülerinnen und Schülern wird natürlich später beruflich qualifiziert sein und ihr Leben lang auch mit einem ja normalen Beruf hier bei uns integriert arbeiten. So, das ist das eine.

Das zweite Thema ist, dass wir natürlich das Problem haben, dass, wenn gerade unbegleitete minderjährige Flüchtlinge hierherkommen, sie unter anderem auch hierhergeschickt worden sind, um hier dann zu arbeiten und Geld nach Hause zu schicken. Das Problem werden wir in der Schule natürlich nicht lösen können. Das werden wir dauerhaft haben und wir haben ja auch Menschen, die deutlich älter sind als 18. Also wir haben ja eine große Altersgruppe bei den 25- bis 35-Jährigen, die dann häufig keine Ausbildung mehr machen und lieber arbeiten, weil sie Geld brauchen, dass sie dann auch zum Teil nach Hause schicken.

Das ist noch einmal ein ganz anderer Problemkreis. Deswegen haben wir mit der Arbeitsagentur und auch mit dem Bund jetzt darüber verhandelt, dass es eigentlich, wenn Jugendliche eine Ausbildung machen, auch diese Berufsausbildungsbeihilfe – das ist ja eine Maßnahme, wie Menschen, die von ihrem Ausbildungsgehalt ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren können, dann einen Zuschuss zum Lebensunterhalt kriegen können –, dass all diese Dinge eben auch für Flüchtlinge geöffnet werden, damit sie eine Ausbildung machen. Sonst würden sie nämlich sagen, dann jobbe ich lieber irgendwo und dann bleibe ich aber mein Leben lang Tellerwäscher. Und das wäre wirklich schlecht, weil, dafür ist die Gruppe viel zu groß und auf Dauer wird es natürlich schwierig, dann sein Leben lang auch seinen Lebensunterhalt damit bestreiten zu können.

Das ist schon das Problem, dem wir uns auch stellen müssen. Aber deswegen ist es umso wichtiger, dass wir bei den 16- bis 18-Jährigen sie in diese Schiene einfädeln, dass sie ihren Schulabschluss nachholen können, Deutschland kennenlernen und auch so etwas wie Berufsausbildung, also, dass sie lernen, dass es etwas Wertvolles in Deutschland ist und dass man damit seinen Weg hier machen kann.

**Vorsitzende:** Herr Schwieger hatte sich noch gemeldet.

**Abg. Jens-Peter Schwieger:** Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich habe auch noch einmal eine Nachfrage, was Praktikumsplätze angeht. Wir haben ja in Hamburg das System von sehr spezialisierten Berufsschulen und die Kolleginnen und Kollegen, die zum Beispiel auch schon länger dort im AvDual arbeiten, requirieren ja bestimmte Praktikumsplätze, die häufig natürlich auch, sagen wir einmal, spezifisch sind. Also sicherlich werden an der beruflichen Schule für Medienkommunikation andere Praktikumsplätze angeboten werden als an der alten G2, die heißt jetzt, William Lindley, genau. Wie steuert man dann das sozusagen, dass dort jemand kommt und sagt, also, mein Traum ist eigentlich irgendwie, etwas mit Medien und Kommunikation zu machen und der ist jetzt an der William Lindley Schule gelandet? Wie kriegt man das hin?

**Senator Rabe:** Zunächst einmal ein paar Ergänzungen und Einleitungen. Herr Schulz wird das sicherlich gleich noch einmal genauer ausführen. Für alle anderen William Lindley zunächst einmal ist die Schule für Sanitär-, Gas- und so weiter und so weiter, gemeinhin früher als Klempner bezeichnet. Das ist heute ja etwas anderes. Wenn es um die Praktikumsplätze geht, muss man allerdings sagen, dass wir an zahlreichen beruflichen Schulen ja schon die Klassen AvDual eingerichtet haben und damit eigentlich an vielen Berufsschulen schon eine Kompetenz verankert haben, die über den rein eingeeengten dualen Berufsgang, der an der Schule gelehrt wird, hinausreicht. Und insofern wir hier nicht bei null anfangen, sondern an vielen Berufsschulen Kolleginnen und Kollegen haben, die eingesetzt sind in diesen besonderen Bildungsgang AvDual. Das ist der Bildungsgang für

jugendliche Hamburgerinnen und Hamburger, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Und da haben wir ja auch schon über 2 000 Schülerinnen und Schüler in diesen Ausbildungsgängen, ungefähr eine gleiche Größenordnung, die wir jetzt zusätzlich mit dem Ausbildungsgang für Migranten bekommen. Und deswegen gibt es eigentlich an allen Schulen schon hier die Andockstation der Gestalt, dass wir dort Lehrerinnen und Lehrer haben, die über den reinen dualen Berufszweig hinaus ihre Fühler ausgestreckt haben in viele Praktikumsbereiche an der Schule, wo ich war – verflixt, welche war das bloß, Mensch, die G2, G1 – das war Metalltechnik. Dort waren Reisebürokauffrauen, Einzelhandel war großgeschrieben, gleich drei gingen zu EDEKA, wenn ich mich richtig erinnert habe. Und das zeigt schon, dass also an diesen Schulen nun keineswegs nur Praktikumsplätze in der Metallbranche vermittelt wurden. Herr Schulz kann das vielleicht noch einmal genauer ausführen.

Ich wollte einen Aspekt noch aufgreifen, den Frau Prien angesprochen hatte. Die Berufsbegleitung, die wir als Add-on zu den Lehrerinnen und Lehrern in den Av-M Dual-Angeboten jetzt einstellen, damit sie sozusagen als Brückenbauer zwischen dem Jugendlichen und dem Betrieb fungieren, das sind Kosten und Stellen, die die Schulbehörde übernimmt und die wir nicht über Bundesebene refinanziert bekommen. Das finde ich zwar sehr bedauerlich, aber das ist so. Das ist vor allem deshalb bedauerlich, weil die andere Maßnahme auf die Sie angespielt haben, Frau Prien, die sogenannten Ausbildungsbegleitungen in Hamburg nicht den durchschlagenden Erfolg hat bisher, den sich ursprünglich die Bundesregierung vorgestellt hat. Ich könnte einmal flapsig sagen, das hätten wir der Bundesregierung gleich sagen können. Das liegt nämlich daran, dass gerade für diejenigen, die eine Ausbildung machen, aber durchaus von ihrer eigenen Lage her instabil sind, in Hamburg ohnehin nicht so selten waren, dass wir uns um sie nicht schon vorher gekümmert hätten. Sodass wir in Hamburg über Träger und über Sozialbehörde und andere Institutionen ein sehr elaboriertes, jetzt schon, Begleitsystem hatten, wo das von der Bundesebene eher on top dazu gekommen ist und deswegen wir mehrfach schon Gespräche mit der Arbeitsagentur geführt haben. Und deswegen sage ich einmal, diese Ressource wird nicht durch Flüchtlinge geschmälert, sondern wir haben eher die Sorge, dass sie, wenn wir sie nicht für Flüchtlinge nutzen, verfällt, weil wir sie gar nicht in dem Maße an den Mann bringen können, wie es einmal ursprünglich gedacht worden war. Deswegen kann das durchaus klug sein, diese Ressource für diesen Bereich Av-M-Berufsbegleitung zu erschließen. Das ist technisch und gesetzlich nicht ausgeschlossen, denn es muss nicht nur diese Ressource eingesetzt werden, um schon bestehende Jugendliche, die in Ausbildung sind in dieser Ausbildung zu begleiten, sondern sie kann auch präventiv eingesetzt werden. Und damit sind durchaus Türen geöffnet, um sie in Hamburg vielleicht erweiternd einzusetzen. Ob das bei Av-M Dual der 16- bis 18-Jährigen ist, oder Sie erinnern selber unseren Bürgerschaftsantrag, dass wir Weiterungen wollen für die 18- bis 20-Jährigen, das muss man noch einmal wägen. Aber hier sind wir eher vor der Aufgabe, eine nicht knappe Bundesressource nicht verfallen zu lassen und deswegen nach Wegen für die Nutzung zu suchen. An der Stelle darf man auch sagen, dass unter der Führung Hamburgs vor Kurzem erst – Herr Schulz hat über Weihnachten das Arbeitspapier zuhause schreiben dürfen – die drei großen Konferenzen – Wirtschaftsministerkonferenz, Sozialministerkonferenz, Kultusministerkonferenz – sich getroffen haben, mit den Staatssekretären der jeweiligen Bundesministerien zu einem doch ganz ungewöhnlichen Gipfel, darf ich sagen, der auch von Hamburg mit maßgeblich gestaltet wurde. Weil wir nach Wegen suchen diese reichen Bundesmittel, die ehrlicherweise von Bundesland zu Bundesland ganz unterschiedlich wirken, weil die Bundesländer auch unterschiedliche Strukturen haben, vernünftig in den Schulbereich mit einzubinden. Dazu wird es auch noch weitere Gespräche geben. Aber das waren nur Nebensätze. Hier war eigentlich die andere Frage zu der Herr Schulz vielleicht noch Ausführungen machen könnte.

**Herr Schulz:** Ja, wir haben Fachberufsschulen in Hamburg und das ist auch gut so, weil da eine hohe Expertise ist, die in der Ausbildung ja auch gebraucht wird. Aber wir haben, als wir AvDual eingeführt haben – übrigens auch, als wir die Produktionsschulen eingeführt haben –

ja ganz bewusst darauf gesetzt, dass wir das Berufsfeld übergreifend organisieren, und zwar deswegen, weil sonst ein Jugendlicher, bevor er in die Maßnahme geht, sich schon entscheiden müsste, in welchem Beruf er denn später auch seine Ausbildung machen will. Und interessanterweise finde ich, dass unsere Schulen es wunderbar hingekriegt haben, auch in Berufsfeldern Praktika zu akquirieren, für die sie eigentlich nicht ausbilden. Und wenn ich mir jetzt Av-M Dual angucke, dann machen die Schüler ja drei längere über Monate längere Praktika. Sie wechseln ja auch den Praktikumsbetrieb, es sei denn, sie haben schon ihren Traumberuf gefunden, dann machen sie es nicht zwangsläufig. Und dann kann es durchaus sein, dass an der G1 diese junge Schülerin sagt, ich möchte gerne Erfahrungen im Medienbereich sammeln und ich suche mir da ein Praktikum. Das werte ich für mich aus, ob das für mich infrage kommt oder nicht und dann mache ich mein zweites Praktikum vielleicht im Einzelhandel und das werte ich auch noch einmal für mich aus. Das kann durchaus dabei rauskommen. Ich bin ehrlich gesagt, oder ich kann es einmal anders sagen, als wir AvDual eingeführt haben, musste ich mich darauf verlassen, dass meine Kollegen mir die Wahrheit sagen und die haben mir gesagt, das schaffen wir, innerhalb von sechs Wochen 2 000 Praktikumsplätze zu finden. Das habe ich ihnen ehrlich gesagt nicht geglaubt und ich hatte viele schlaflose Nächte deswegen. Und nach sechs Wochen haben die aber Vollzug gemeldet. Und ich war selber sehr überrascht. Ich will jetzt nicht sagen, dass es uns genauso schnell dieses Mal gelingt. Aber ich habe doch eine große Zuversicht darin, dass die Schulen durch ihre Kontakte zu Betrieben sehr gut in der Lage sind, Praktikumsplätze zu akquirieren. Und ich habe inzwischen so ein großes Vertrauen auch in die Kammern und in die Unternehmensverbände und in die Innungen, weil wir über Jahre diese ganzen Reformen gemeinsam entwickelt haben. Und auch, als wir Av-M Dual der Presse gegenüber ja bekannt gegeben haben, auch Herr Fröhlich da vorne saß und der gesagt hat, wir werden alles tun, damit wir für diese Jugendlichen Praktikumsplätze finden. Also, da ist eine große Unterstützung da. Es ist aber auch eine gewaltige Aufgabe, das möchte ich noch einmal deutlich sagen, es sind eben nicht 300, sondern es sind jetzt schon 1 500 zum 1. Februar 2016 und die Zahl wird ja nicht kleiner.

**Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg:** Gut. Jetzt habe ich selber noch eine Nachfrage. Auch noch einmal zum Komplex Av-M und auch den Zahlen. Und auch dem, was Sie so geschildert haben, wie das vonstattengeht mit der Kompetenzermittlung und so weiter und so fort. Ich frage mich, ist das so ein one way no way out? Also die kommen ja an ... Die Zahlen sind ja enorm nach oben gegangen, alleine vom 20. November 2015 bis zum 28. Januar 2016, also ich meine, etwas über zwei Monate, von 524 auf 921. Und die Zahl, die Sie jetzt gerade genannt haben, da geht es ja irgendwie so richtig so ab. Die Frage ist ja, die kommen ja an, das heißt, wenn die 16 bis 18 sind, kommen sie ins Av-M. Also, die Frage, ich glaube, ist auch vielleicht das, was Herr Oetzel vorhin meinte, ist, ist das dann, dann bleiben die da und haben keine Möglichkeit mehr vielleicht auch einmal noch einmal in Stadtteilschule zu wechseln oder in ein Gymnasium. Oder wie muss ich mir das vorstellen?

**Herr Schulz:** Darf ich. Also, sie haben immer dann die Möglichkeit, also schon vorher ... Also erstens, sie haben Möglichkeit vorher schon zu wechseln in die Stadtteilschule, wenn sie die formalen Voraussetzungen für die Oberstufe erfüllen. Dann können sie vorher wechseln. Das ist überhaupt kein Problem. Und wir haben zwei Stadtteilschulen, mit denen wir eng kooperieren, wo wir, wenn wir im Laufe von Av-M merken, die haben eigentlich das Potenzial auch einen Realschulabschluss ... Im Prinzip haben sie so etwas wie einen Realschulabschluss. Das war ja vorhin die Frage, wenn einer das jetzt nicht nachweisen kann, dass er es gemacht hat, und wir aber nach einem halben Jahr feststellen, eigentlich ist das ein Realschüler, der kann das alles schon, dann haben wir zwei Stadtteilschulen, mit denen wir ein Verfahren entwickelt haben, wo sie dann auch noch in die Oberstufe wechseln können. Das haben wir im Einzelfall. Aber die Regel ist, dass die Schüler eigentlich sich in dieser Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen an der Berufsschule ganz wohl fühlen, weil sie in ihrem Heimatland durchaus gewohnt waren als 16- oder 17-Jährige auch unter Erwachsenen zu sein. Das kommt ihnen eigentlich sehr entgegen. Und wir im Moment ja auch sehr stark, das hoffe ich, dass wir das auch lange durchhalten können, darauf setzen, dass wir die

Aufgabe auf möglichst viele, ich sage, demnächst auf alle Schulen, die wir haben, verteilen, damit die Gruppe derer dort nicht zu klein, aber auf keinen Fall zu groß ist. Also wir haben ja, das können Sie in der einen Anfrage ja auch nachlesen, 158 ist die größte Gruppe, die wir an einer Schule haben und wir haben in der Regel sonst immer zwischen 60 oder 50 und 70 Schülern. Das heißt, wir sorgen schon auch dafür, dass eine gute Durchmischung mit deutschen Schülern stattfindet. Und das macht ehrlich gesagt auch ganz viel Sinn, weil da natürlich dann auch Sprachanlässe da sind, auf dem Schulhof auch Gespräche stattfinden und so weiter und so fort.

**Vorsitzende:** Herr Abaci hat noch eine Frage.

**Abg. Kazim Abaci:** Es besteht jetzt auf der Bundesebene die Regelung, dass die minderjährigen Flüchtlinge auch umverteilt werden können. Und die Frage ist bei der Planung der Schulbehörde, ob diese Entwicklung auch berücksichtigt worden ist. Weil, ich kann mir vorstellen, dass insgesamt die Zahlen nach oben gehen, aber es wird, glaube ich, nicht mehr so dramatisch für Hamburg nach oben gehen, weil die Jugendlichen auch umverteilt werden können.

**Senator Rabe:** Ja, das ist auch eine Entlastung für Hamburg, weil es gar nicht einfach ist, denn es hatte sich ja doch eine sehr eine große Schieflage ergeben. Allerdings ist nach meiner Kenntnis der Umverteilungsmechanismus so, die die jetzt in den Bundesländern sind, bleiben da. Und erst die neu Ankommenden werden umverteilt, sodass man schon sagen muss, dass Hamburg verglichen mit den anderen Bundesländern jetzt vermutlich anderthalb, zwei Jahre vermutlich gar keine mehr aufnehmen muss, aber solange nach wie vor im deutlichen Überhang ist, gemessen an dem Durchschnitt der anderen Bundesländer. Trotzdem wird die Aufgabe dadurch ein Stück weit leichter, sie bleibt trotzdem gewaltig in Bezug auf die Zahlen. Nur noch einmal zur Erinnerung, AvDual beschlossen 2011 oder 2010, Ende 2010, 2011 als neuer Bildungsgang der Berufsschulen hat perspektivisch das Ziel gehabt, gut 2 000, 2 500 Schülerplätze zu bieten. Dafür haben wir lange gebraucht, um das aufzubauen. Und jetzt verdoppeln wir das einmal eben, und zwar in wenigen Monaten, Herr Schulz hat gerade zu Recht darauf hingewiesen. Weil Av-M Dual, der gleiche Ausbildungsgang eben für die Flüchtlinge, fast die gleiche Größenordnung hat. Das gilt für die Zahl der Praktikumsplätze, die Zahl der Schulplätze, die Zahl der Lehrer und vieles mehr. Da merkt man schon, auch die Umverteilung künftiger neuer ankommender minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge wird – gemessen an dieser gewaltigen Aufgabe – uns jetzt nicht sozusagen ganz gelassen in die Zukunft blicken lassen, weil wir dort eben noch weitere umfangreiche Aufgaben haben.

**Vorsitzende:** Gibt es noch weitere Fragen zu unserem Tagesordnungspunkt „Beschulung von Flüchtlingskindern“? Es wäre ja zu überlegen, das müssen wir gemeinsam, müssen wir nicht jetzt beschließen, aber ich wollte das einmal anregen, weil, das wird ja ein Thema sein, was uns, glaube ich, noch eine ganze Zeit beschäftigen wird, ob wir das immer einmal wieder auch auf die Tagesordnung setzen?

(Zuruf: Ja.)

Damit wir ein Update bekommen und Probleme aufwerfen können, aber auch vielleicht einmal Dinge, die ganz gut laufen, wenn man so auch einmal schaut. Aber, dass wir das vielleicht jedes zweite, dritte Mal, das können wir ja von Mal zu Mal auch entscheiden, ob wir das dann so auf die Tagesordnung setzen wollen im Rahmen einer Selbstbefassung. Prima. Gut. Dann beende ich diesen Tagesordnungspunkt und komme zum TOP Verschiedenes.

## Zu TOP 2

### Beratung zum Thema „Reform der Lehrerbildung in Hamburg“

Die Vorsitzende berichtete, dass eine Verständigung mit dem Wissenschaftsausschuss dahingehend erfolgt sei, sich in gemeinsamer Sitzung am 25. Februar 2016 im Rahmen einer Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft mit dem Thema „Reform der Lehrerbildung in Hamburg“ zu befassen.

Die CDU-Abgeordnete erkundigte sich nach den genauen Inhalten der geplanten Beratung, insbesondere der Erwartungshaltung an den Schulausschuss.

Die Vorsitzende merkte an, dass der Senator der Behörde für Schule und Berufsbildung sowie die Staatsräten der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung anwesend sein würden, um über den an die Expertenkommission erteilten Arbeitsauftrag zu berichten. Die Beratung biete die Gelegenheit zum Austausch und ermögliche den Abgeordneten, ihre Ideen zur Reform der Lehrerbildung einzubringen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter ergänzten, es gebe Verfahrensstrukturen, Organisationsstrukturen und -abläufe zum Thema. In der Beratung werde eine wichtige Rolle spielen, wie die Vorlage und die Ideen entstünden, in welchen Schritten man vorgehe und welche Aufgaben den Expertinnen und Experten und anderen Beteiligten zukämen. Aus diesem Grunde böte sich zu gegebener Zeit eine weitere Befassung der Ausschüsse an, in der die Expertinnen und Experten ihre Eischätzungen berichten könnten.

Die CDU-Abgeordnete fragte, ob es bereits Ideen für einen Ablaufplan gebe. Eine konkrete Beratungsgrundlage wäre wünschenswert, auch um alternative Vorschläge zum Ablauf machen zu können. Ihr sei noch nicht ersichtlich, was genau Gegenstand der Beratung sein solle und wie festgelegt die Abläufe bereits seien.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter verdeutlichten, jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete habe Kenntnis darüber, wie entsprechende Informationen zum Thema zu beschaffen seien. Bei Selbstbefassungsangelegenheiten liefere der Senat keine Vorlage. Aus ihrer Sicht werde die Beratung ergiebig sein und die Möglichkeit für die Abgeordneten bieten, ausgiebig Fragen zu stellen. Zudem könnten sie sich im Vorfeld über Schriftliche Kleine Anfragen Information beschaffen.

Auf Antrag der Abgeordneten der GRÜNEN beschloss der Ausschuss sodann einstimmig bei Abwesenheit der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE sowie des FDP- und AfD-Abgeordneten die Beratung in Selbstbefassung gem. § 53 Abs. 2 GO mit dem Thema „Reform der Lehrerbildung in Hamburg“.

Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE) (Vorsitz)	Karin Prien (CDU) (Schriftführung)	Claudia Kuhlmann (Sachbearbeitung)
---	---------------------------------------	---------------------------------------